

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1.10 M., vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.
Einzelnr. 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die schlagzeilige Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Besprechungszettel 30 Pfg.

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 5. Juni 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Kindisches, allzu Kindisches.

„Dah die Sozialdemokraten beim Kaiserhoch sitzen geblieben sind, das gefällt unseren Liberalen sicher nicht, aber es läßt sich nicht bestreiten, daß es ihr gutes Recht ist. Sie sind Republikaner, sitzen im Reichstag, um ihre politische Ueberzeugung zum Ausdruck zu bringen und es ist von ihnen nicht zu verlangen, daß sie diese verbergen, weil es ihren Segnern zu denen auch wir gehören, so gefällt. Die frühere Art der Demonstration, das Davonlaufen, hatte einen komischen Anstrich; oft genug sind die Sozialdemokraten darüber verspottet worden. Da ist es von ihrem Standpunkt aus immerhin verständlich, daß sie nach einer anderen Befundung derselben Geminnung gesucht haben. Ob die eine oder die andere Art der Demonstration mehr oder weniger „tattvoll“ ist, das zu entscheiden ist nicht Aufgabe des Politikers. Wir sind keine Jeremienmeister, der Reichstag kein Salon und kein Ballsaal. Er ist ein Kampfplatz, auf dem die gegenwärtigen Anschauungen der politischen Parteien ausgetragen werden. Bedauerlich freilich bleibt es, daß diese Kämpfe auch vor der Person des Monarchen nicht Halt machen. Als die Konserwativen sind die letzten, die sich darüber beklagen können. Sind sie es doch, die immer wieder ein starkes Königtum verlangen, die die parlamentarische Regierungsform ablehnen, die das persönliche Regiment stützen, soweit es mit ihrem Parteinteresse übereinstimmt, bis das persönliche Herausreten des gegenwärtigen oder künftigen Trägers der Krone mit Jubel begrüßen. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn auf der andern Seite auf diese politische Betätigung des Monarchen die Antwort erfolgt. Dies um so weniger, als gerade in letzter Zeit die politische Reaktion herausfordernder als je geworden ist. Das Versprechen des Königs von Preußen bleibt unerfüllt. Eine neue Verfolgungssära gegen alle Zweige der Arbeiterbewegung hat eingesetzt. Ist es da ein Wunder, wenn die Sozialdemokratie ihre Antwort verschärft? Die Schuld für die steigende Erbitterung in den Massen, die unlegbar vorhanden ist, trifft die Konserwativen in erster Reihe.
„Wenn jetzt diese Partei ein solches Gezeiter über die sozialdemokratische Demonstration erhebt und uns fragt, was wir zu tun gedenken, so antworten wir fast lächelnd: Schöne Maske, wir kennen dich. Wir erraten deine Geschäftsabsichten und Sammlungssehnsüchte und fallen sicher nicht darauf herein. Wir wissen, das letzte Mittel für die böllige Wiederherstellung der konserwativ-kerikalen Herrschaft wäre die Verhinderung jedes wahrhaftigen Zusammengehens zwischen liberalem Bürgertum und sozialdemokratischer Arbeitererschaft. Das ist ja der ganze Inhalt der Politik der Regierung wie der Konserwativen und Liberalen. Damit würde der Liberalismus glücklich wieder jedes politischen Einflusses im Reichstage beraubt, wie er es im preussischen Landtage ja in der Tat ist. Diese Selbstmordtakte lehnen wir ab. Daß die Sozialdemokratie republikanisch ist, ist für niemanden eine neue Entdeckung. Ja, und trennt von der Sozialdemokratie noch viel mehr als das. Uns als Vertreter der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung erscheinen ihre sozialistischen Ziele noch viel verwerflicher als ihr republikanisches Staatsideal. Das hindert uns aber nicht, um unserer politischen Ueberzeugungen willen mit der Sozialdemokratie bei allem prinzipiellen Gegensatz im Notfall taktisch zusammenzugehen, um unsere Ziele gegen die Reaktion durchzusetzen. Und deswegen lehnen wir die Beteiligung an der lächerlichen Hege ab.“

Das ungefähr hätte man in der deutschen liberalen Presse lesen müssen, wenn es einen deutschen Liberalismus gäbe, der diesen Namen verdient. In Wirklichkeit hat sich die liberale Presse in ihrer unveränderlichen politischen Einfalt wieder einmal dazu hergegeben, der konserwativen Scharmacherei die nötige Resonanz zu verschaffen. Herr von Heydebrand hebt den Laßtstock und die liberale Presse macht die Musik!
Aber was soll man erst dazu sagen, daß sich Parteigenossen — natürlich in den „sozialistischen“ Monatsheften — finden, deren Argumentation sich kaum von der liberalen Presse unterscheidet. Daß zu diesen Parteigenossen Edmund Fischer gehört, wundert uns freilich nicht, weil uns bei diesem Genossen schon lange nichts mehr wundert. Er hat längst vergessen, daß es sich in der Politik um die ernstesten und erbittertesten Kämpfe und Machtkämpfe handelt und er betrachtet die Politik vom Standpunkt des Handelsmannes, der sich mit seinen Gläubigern um jeden Preis ausgleichen möchte. Da er nichts in seiner Klasse weiß, erscheint ihm jeder Ausgleichbarer Gewinn. Edmund Fischer ist bereit, sich mit allem, was besteht, abzufinden. Der Militarismus? Man muß sich mit ihm abfinden, er ist doch noch so stark. Die Monarchie? Finden wir uns doch mit ihr ab, sie wird doch noch lange bestehen. Die bürgerliche Gesellschaft? Finden wir uns doch mit ihr ab, reden wir nicht von Sozialismus, vielleicht schlagen wir ein paar Prozentchen mehr heraus. Mit dieser Abfindungspolitik, die aus Furcht vor dem Bankrott den Bankrott herbeiführt, bedarf es keiner weiteren Auseinandersetzung. War sie je eine Gefahr, so ist sie heute durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst, durch die Zuspitzung der Klassengegensätze, durch die Verschärfung

des politischen wie des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter überwinden.

Bedauerlicher ist, daß auch Genosse Wolfgang Heine, bei dem wieder einmal das juristische mit dem politischen Denken durchgegangen ist, gegen die Demonstration im Reichstage auftritt. Sein Hauptargument ist ein staatsrechtliches. Er leugnet natürlich nicht, daß die Regierung im Reich und in Preußen eine gehässige Politik gegen uns betreibt und uns behandelt, als ob wir außerhalb des Rechts stünden.

Aber es widerspricht dem Grundgedanken des modernen Staatswesens, des Parlamentarismus, den Kaiser persönlich für die Politik der Regierung verantwortlich zu machen. Mag man die Ministerverantwortlichkeit eine Fiktion nennen; solange man sich an der Arbeit im Reichstage beteiligt, muß die Regel sein, daß man diese Form anerkennt. Zunächst aus staatsrechtlichen Gründen: Wir haben das Interesse, die Identifizierung von Regierung und Person des Monarchen abzulehnen, auf die der Absolutismus und der Scheinverfassung sich stützen. Wenn wir aber hier den Kaiser als Träger der gesamten Politik für diese sozuzogen verantwortlich machen, so bedeutet das geradezu eine Anerkennung dessen, was wir immer bekämpfen, sobald wir die Ansprüche, die im Namen des monarchischen Prinzips oder der Kommandogewalt erhoben werden, vom Standpunkt des freien Staatsbürgertums ablehnen. Der Schluß ist klar: Wir oder gegen den Kaiser? Bedeutet eine Verschärfung und Verschärfung der politischen Probleme und ist noch immer von reaktionärer Seite gegen uns angewendet worden, und zwar mit großem Erfolg. Unsere Aufgabe ist also vielmehr, die Person des Monarchen aus den Kämpfen um politische Fragen auszuschalten. Mit dem neuartigen Verhalten hat die Reaktion sie ohne Not herangezogen und damit den Gegnern das Recht gegeben, das gleiche zu tun.

Selt wann ist es sozialdemokratische Politik, Fiktionen — und Heine selbst betrachtet die Ministerverantwortlichkeit als Fiktion — mit dem Kaiser zu verwechseln? Heißt es nicht, den preussisch-deutschen Absolutismus parieren, wenn wir ihn als Konstitutionalismus und Parlamentarismus ausgeben? Wird die monarchische Gewalt dadurch verringert, daß wir sie ignorieren oder dadurch, daß wir sie bekämpfen? Und von welchem Staatsrecht spricht Heine? Von einem, das er sich nach seinen Wünschen auslegt und nicht von dem wirklichen! Denn das wirkliche Staatsrecht, d. h. die wirklichen Machtverhältnisse geben der Monarchie in Deutschland und in Preußen eine Macht wie außer in Rußland in keinem anderen modernen Staate. Und diese Macht steht heute unbedingt zur Verfügung der Gegner der Arbeiterklasse. Nicht weil die Gegner Regierung mit der Person des Monarchen schlauerweise identifizieren, sondern weil in der Tat die Monarchie heute das Mittel ihrer Klassenherrschaft geworden ist. Und wir sollten an dieser Grundtatsache des deutschen Verfassungselends immer schon vorübergehen, uns taub und blind stellen, bloß weil, wie Heine fürchtet, in politisch zurückgebliebenen Gegenden uns die Hege der Monarchisten Schaden bringen könnte? Wer mit uns der Ansicht ist, daß es uns nicht nur darauf ankommen darf, Wählerstimmen zu gewinnen, sondern unsere Wähler zu aufklärten, zielbewußten, gegen alle gegnerische Verhegung immunen Sozialdemokraten zu machen, der wird im Gegenteil die Gelegenheit begrüßen müssen, unsere demokratische Ueberzeugung mit aller Schärfe zum Ausdruck bringen zu können. Und gerade in Deutschland ist es nötig, in dem Lande, in dem der verlogenste Byzantinismus alles politische Denken zu vergiften sucht. Die herrschenden Klassen in diesem Lande — die Konserwativen an der Spitze — sind nie vor den heftigsten Angriffen gegen den Träger der Krone zurückgeschreckt, wenn es ihren Zwecken entsprach. Aber dem Volke muß wie die Religion, so der Monarchismus als Stütze der Klassenherrschaft, als Hindernis jeder demokratischen Fortentwicklung erhalten bleiben. Aus einer Frage der Staatsform, der politischen Ueberzeugung und Zweckmäßigkeit wird eine Frage gemacht, über die nicht gestritten, ja womöglich nicht mal gesprochen werden darf. Eine Art religiöser Scheu soll jeden abhalten, an das Problem Monarchie oder Republik zu rühren. Und während der Monarchie in Wahrheit in sich die stärkste politische Macht konzentriert, so sehr diese Macht auch nur abgeleitet ist von der herrschenden Klasse, soll in ersterbender Ehrfurcht jeder zurückschauern vor dieser in mystische Nebel gehüllten Person!

Ist der Grundgedanke, die Person des Monarchen aus der politischen Diskussion auszuschalten, noch verständlich in Ländern des reinen Parlamentarismus wie England, so wird er geradezu eine Gefahr für die politische Entwicklung in Ländern des Halbabsolutismus wie Deutschland. Schlimm genug, daß die liberale Presse nicht begreifen will, aber völlig unverständlich ist es, wie ein Sozialdemokrat wie Heine in das gleiche Horn tut und von der mangelnden Rücksicht spricht, die die Fraktion auf den Reichstag genommen habe! Nein, wenn von mangelnder Rücksicht schon die Rede sein soll, obwohl eine Kampfpartei wie die unsere weder viel Rücksicht finden noch gewähren kann, so ist es die mangelnde Rücksicht auf die Ueberzeugung der größten Partei des deutschen Volkes. Wir empfinden es als Annäherung und unerträglichen Zwang, uns zur Beteiligung an einer Kundgebung nötigen zu lassen, die unserer Ueberzeugung widerspricht und zu der uns nichts verpflichtet. Und gerade das Echo, das unsere Kundgebung gefunden hat, beweist, daß sie richtig war. Denn das Dutzende

der Reaktionäre zeigt nur, wie wichtig ihnen der Byzantinismus als Stütze ihrer Herrschaft erscheint. Das Verhalten unserer Fraktion beim Kaiserhoch wäre an sich nicht wichtig, wenn es nicht eben dieses Echo ausgelöst hätte. So aber kann es der Anlaß werden, unsere Auffassung über die Weiterentwicklung der Verfassung in die weitesten Kreise zu tragen, das Interesse an unserem Kampfe für die Erringung der demokratischen Staatsform zu beleben und der byzantinischen Vergiftung entgegenzuwirken. Mag dabei die liberale Presse wie bisher die Geschäfte ihrer Gegner besorgen, das kann uns nicht hindern, unsere Aufklärungsarbeit — unseren Feinden sei Dank — mit verstärkter Intensität fortzusetzen.

In der politischen Kinderstube, der unsere Liberalen nun einmal nie entwachsen werden, mag darüber lautes Weinen ausbrechen. Wir sind groß und stark genug, um uns dadurch nicht rühren zu lassen. Mögen vor der Demonstration die Ansichten über ihre Zweckmäßigkeit geteilt gewesen sein, die Wirkung gibt ihren Bedürfnisvortern recht.

Die französische Ministerkrise.
Was wird Viviani tun? — Das Bedürfnis nach Klarheit.

Paris, 4. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)
Die Krise wirft zwei Fragen auf: Einmal, wie wird Viviani sein Ministerium zusammensetzen und sodann, welches Programmsprogramm wird er aufstellen. Logisch scheint das Wahlergebnis eine Regierung zu fordern, die ausschließlich aus Anhängern des radikalen Minimalprogramms von Pau besteht. Zudem nahm auch die gestrige Plenarsitzung des radikalen Vollzugsausschusses eine Resolution an, die die Abgeordneten auffordert, nur eine solche Regierung zu unterstützen, die die Durchführung des Programms von Pau gewährleistet und den Ausschluß der „Föderation der Linken“ und der „Demokratischen Allianz“, also aller gemäßigten Republikaner, fordert.
Die Brianditische Presse arbeitet dagegen auf die Bildung einer gemäßigten Mehrheit hin. „Petit Republicain“ warnt die Radikalen vor der Intransigenz und Unversöhnlichkeit der Sozialisten. Die Mehrheit müsse ohne diese gebildet werden, ohne sie jedoch zu erkommunizieren. Der Artikel zeigt die Absicht Briands, nachdem seine Gruppe bei den Wahlen so schmählich vertrachtet ist, den Anschluss nach links zu suchen und gleichzeitig die Sozialisten mit zu stimmen. Dagegen bestehen der „Radical“, die „Aurore“ sowie die großen radikalen Provinzialblätter auf Bildung eines einheitlichen radikalen Ministeriums.

Jaurès behandelt heute in einem Leitartikel die Militärfrage und protestiert dagegen, daß die neue Regierung etwa nur unverbindliche Worte über den nicht zwingenden Charakter der dreijährigen Dienstzeit und über die Jugenderziehung und Reservistenausbildung mache. Was not tue, sei Klarheit. Wenn die Herren der Stunde die dreijährige Dienstzeit für notwendig halten, so mögen sie eine Mehrheit mit Einschluß der Rechten zu bilden versuchen. Im anderen Falle aber müssen sie klar aussprechen, daß sie die Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit vorbereiten wollen. Clemenceau fordert in seinem „Somme libro“ gleichfalls Klarheit. Die Ausführung des Militärprogramms von Pau erfordert jedenfalls lange Zeit. Augenblicklich verbiete die europäische Lage eine Verminderung der Effektivstärke. Kein pflichtbewußter Regierungschef dürfe anders denken. Auch „Temps“ und „Debat“ erwarten von Viviani eine klare Erklärung. Unverkennbar sehen diese reaktionären Mütter Hoffnungen auf Viviani und seine Intimität mit Poincaré.

Die Sozialisten und die Krise.

Paris, den 2. Juni. (Fig. Ber.)
Die sozialistische Fraktion, die jetzt 101 Mitglieder zählt — durch den Eintritt des im Departement Isere gewählten Abg. Giray ist die durch den Tod des Genossen Marietton verminderte Ziffer wieder erreicht worden — hat gestern angesichts der durch die Ministerkrise am Anfang der Legislatur geschaffenen Situation eine ausführliche Erklärung beschlossen, die die Haltung und die Absichten der Vertreter der französischen Arbeitererschaft darlegt. Sie betont zunächst den engen Zusammenhang der sozialistischen Abgeordneten mit der gesamten proletarischen Organisation und das Endziel: die vollständige Aufhebung der Ausbeutung und sozialen Ungerechtigkeiten. Sie fährt dann fort:
„Die Fraktion gibt ihre volle Zustimmung zu dem in Bern begonnenen Werk und zu der in Basel vom französisch-deutschen Komitee einstimmig angenommenen Resolution. Sie wird, für ihren Teil, sich bemühen, den beiden interparlamentarischen Versammlungen, die gleichzeitig Anfang Oktober in Frankreich und Deutschland stattfinden sollen, möglichst viel Bedeutung und Fruchtbarkeit zu verleihen.
Die Fraktion beglückwünscht die Genossen im Reichstag, wiederholt und besonders in einer Debatte der letzten Zeit erklärt zu haben, daß die deutsch-französische Annäherung um so

leichter und tiefergehend sein wird, wenn Elfaß-Pöhringen von der deutschen Nation ein liberaleres Regime, eine gerechtere Verwaltung und eine vollständige Autonomie erhält.

Entschlossen, jede Kombination auszuschließen, die die Unabhängigkeit ihrer Aktion vermindern würde, ist die Fraktion zugleich entschlossen, energisch jede ernsthafteste und eheliche Reformaktion zu unterstützen und die Angriffe der Reaktion auf diese Politik zurückzuschlagen.

Neur als je Anhängerin der Idee der bewaffneten Nation und ihrer vollständigen Anwendung, wird die Fraktion jedes Ministerium bekämpfen, das sich weigern wird, die schnelle Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit, mittels einer vernünftigeren und wirksameren Organisation der Nationalverteidigung zu versprechen und vorzubereiten. Sie wird auch die Fiskalreform durch die allgemeine und progressive Einkommen- und Kapitalsteuer mit kontrolliertem Defizit fördern.

Die Erklärung betont weiter, die Notwendigkeit des Proportions, sie fordert eine Reihe sozialer Reformen, wie die „englische Woche“, die Verbesserung der Sozialversicherung, den Ausbau der Volkserziehung und die Wohnungsreform und fordert die Republikaner auf, dies im Senat liegende Gemis des sozialen Fortschrittes zu befechtigen: „Die dringendste Revision ist jene, die dem Senat zumindest sein absolutes Veto entzieht und dem allgemeinen Stimmrecht seine Souveränität zurückgibt, um die gesetzlichen Bahnen für die gerechten Forderungen des Proletariats zu öffnen, das nur allzu oft durch einer dringlichen Aufhebung bedürftigen Ausnahmegeetze und durch ungerechte Urteilsprüche, die eine baldige Amnestie fordern, getroffen wird.“

Die Wahl des Kammerpräsidenten.

Paris, 4. Juni. Viviani hatte heute nachmittag eine halbstündige Besprechung mit Präsidenten Poinecaré und begab sich darauf zu Aristide Briand.

In der Kammer wurde Deschanel mit 411 von 435 gültigen Stimmen endgültig zum Präsidenten der Kammer gewählt. Zu Vizepräsidenten sind gewählt worden: Elementiel (Radikal) mit 375 Stimmen, Monestier (Geehrt. Rad.) mit 333 Stimmen, Godard (Geehrt. Rad.) mit 310 und Augagneur (Sozial. Republ.) mit 267 Stimmen.

Politische Uebersicht.

Das Ordenspanama in kirchlicher Beleuchtung.

Wer sich mit den Anschauungen großer kirchlicher Kreise vertraut machen möchte, dem sollte man das Studium der Wochenschau der „Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung“ dringend ans Herz legen. In Nummer 19 wertet diese Wochenschau zum Beispiel heftig darüber, daß Staatsanwalt, Richter und Geschworene dem zur Begutachtung des Geisteszustandes angebotener Verdächtigter durch den Arzt gegenüber vollständig machtlos dastehen, daß man keine Sünde mehr kennt, sondern nur Krankheit, daß das Vergeltungsprinzip ausgeschaltet wird, daß kaum noch Sicherung der bürgerlichen Gesellschaft vorwaltet, daß an sogenannten Großstadt-Revolverheldinnen nicht einmal mehr Abschreckungsurteile vollzogen werden. Mittelalterliche Gegenverbrünnungen würden dieser kritischen Anschauung wahrscheinlich zeitgemäßer erscheinen. Wesentlich anders aber fällt die kirchliche Beleuchtung in der Wochenschau der Nummer 21 desselben Organs aus, in der der Ordensschacher des verstorbenen Generals v. Lindenau behandelt wird. Da heißt es zunächst milde-beschönigend:

„Die Sozialdemokratie, insbesondere der Abgeordnete Liebknecht sind bei uns Spezialisten für Aufdeckung eines sogenannten Panama. Bisher mißlangten alle Versuche in der deutschen Krupp-Affäre wie in dem japanischen Siemens-Schulder-Standal; aber nun endlich ist es gelangt, die Scham Deutschlands zu entlocken. Zwar auch kein Panama zeigt sich, nämlich die moralische Verkommenheit und Bestechlichkeit ganzer Schichten, aber wenigstens der Zusammenbruch eines einzelnen. Ein General hatte in geradezu entsetzlichen pekuniären Verhältnissen gelebt, war überschuldet, geriet immer tiefer hinein und sah sich schließlich rettungslos einer Schaar von über 100 Gläubigern mit annähernd einer Million Forderungen gegenüber. In dieser Not hat er, der „Freund des Kaisers“ und vieler Rivale, sich darauf verlegt, eitlen und ehrgeizigen Leuten gegen Bezahlung „Gefälligkeiten“ zu erweisen; er empfahl sie gelegentlich zu Ordens- und Titelverleihungen. Zum Beispiel einen Arzt, der zur Erlangung des Professortitels usw.“

Der Fall ist erschütternd, aber es ist ein Einzelfall, er bezeichnet kein System, bedeutet kein Panama und hat vor allen Dingen mit der Affäre Redl in Besterreich kaum Vergleichsmomente, denn dort handelte es sich um einen Landesverräter, hier aber nur um Repetition. Und dieser Mann ist bis zum letzten Augenblick ein guter Deutscher und tüchtiger Soldat geblieben, obwohl in seinen entsetzlichen Verhältnissen der Gedanke an höhere Abwege nahegelegen hätte. War es nötig, durch die „Entthüllungen“ die Familie des Verstorbenen jetzt mit Schmach zu bedecken, einen Akt qualifizierter Leichenbeschändung zu begehen?“

Als sich dann aber doch in der nächsten Woche herausstellte, daß die gesamte feudale deutsche Presse die Entthüllungen des Genossen Liebknecht nicht zu widerlegen vermochte, daß also kein Einzelfall vorliegt, daß das Ordenspanama bei uns nicht zu bestreiten ist, heißt es:

„Der Zweck der ganzen Uebung ist natürlich der, dem urteilslosen Proletariat einzureden, daß es bei uns nicht nach Verdienst und Würdigkeit zugehe, sondern daß im kapitalistischen Staat alles faul sei. (Sehr richtig!) Es dürfte dem sozialdemokratischen Abgeordneten aber schwer fallen, den Nachweis zu führen, daß jemand irgendein Amt sich erkaufte, daß etwa irgend- ein Ignorant den Titel eines medizinischen Professors bei uns erhalten könnte, um dann auf das arme Volk losgelassen zu werden, es wird nur in gewissen Fällen eine Art Steuer auf die Intellektuelle gelegt. Der Großkaufmann, der sich gern Kommerzienrat nennen möchte, muß zuerst zeigen, daß er nicht an dem Mammon klebt (!), sondern ihn zu wissenschaftlichen, oder nationalen, oder sozialen oder künstlerischen Zwecken, die der Allgemeinheit zugute kommen, zu verwenden bestrebt ist. Wenn ein James Simon auf diese Art Millionen gepöfirt hat, so ist ihm kein Wilhelmorden sicherlich zu gönnen und wenn ein amerikanischer Milliardier ein für Unsummen erworbenes Lutherblatt der deutschen Nation zukommen läßt, so ist es nur angemessen, daß der Kaiser ihm mit einer hohen Auszeichnung dankt, daß sie für sich, dürfen wir deshalb noch nicht sagen. Oder auch Kriegsorden sind dann käuflich, sie werden mit Blut bezahlt. Jeder gibt eben, was er hat. Etwas anderes ist es um das Vermittlergeschmeiß, das übrigens auch wirklich niemand als irgend eine Auszeichnung „besorgen“, sondern nur den darauf Erpichteten mit den maßgebenden Stellen allenfalls in Verbindung bringen kann, worauf dann erst die unter allen Umständen strengen Prüfungen auf Würdigkeit erfolgen. Natürlich müssen die Behörden auf die Leute aufmerksam gemacht werden, die sich verdient gemacht haben. Aber Vermittler der gemeiner Art (wie v. Lindenau?) sind dazu eben wenig nötig, wie Winkellonjulen für die Rechtsuchenden vor Gericht. Dr. Liebknecht hat nicht recht, wir haben kein Panama. Und wenn die reichen Leute bei uns zugunsten von Kirchenbauten (Aha!), Museumsausstattungen, Foperschmuck, zu-

gunsten von wirtschaftlichen Instituten und technischen Gesellschaften „gegröbt“ werden, um dafür dann irgendeine Auszeichnung zu erhalten, so ist das viel anständiger, als wenn sie — wie in Frankreich, in England, in Amerika — dafür ihre Vorteile erhalten, daß sie Zehntausende oder Hunderttausende für Agitationsfonds der regierenden Partei aufbringen. Auf diese Weise wird man in Frankreich Kommandeur der Ehrenlegion, in England Baronet, in Amerika Gesandter oder Vorkämpfer.“

Na also, verehrter Herr Pastor, allgemeines „Schrapfystem“ (für die Kirche nicht zulezt!) und allgemeine Korruption der herrschenden Gesellschaft, Deutschland eingeschlossen! Das hat doch Liebknecht auch gesagt!

Noch ein Beitrag zum Titelschacher.

Man hat sich bei den zahlreichen Enthüllungen über den Titelschacher vielfach den Kopf zerbrochen, welche Wege denn eigentlich die geschäftstüchtigen Vermittler einschlagen, um ihre „Zug-um-Zug“-Geschäfte zu realisieren. Die folgenden Briefe, in die wir Einsicht genommen haben, bringen einige Aufklärung darüber; handelt es sich hier auch nur um den Hoflieferantentitel, so sind darum die Methoden nicht weniger interessant, durch die das Hofmarschallamt eines deutschen Fürstentums aus der Titelsucht gute Einnahmen herauszuholen weiß.

Vor einigen Jahren erschienen in bürgerlichen Provinzblättern Inserate, worin die Beforgung des Hoflieferantentitels „unter strengster Diskretion“ angeboten wurde. Ein Breslauer Kaufmann meldete sich, worauf er von dem Hofkunstmalers Karl Schleusing, Berlin-West, Friedenau, Villa Fehlerstr. 5, einen Brief, datiert vom 22. August 1906, erhielt, worin der Firma mitgeteilt wurde, wenn sie das Gesuch sofort einreiche, könne sie von einem regierenden Fürsten den Hoflieferantentitel erhalten; ein „Ehrenhonorar“ stellte der Hofkunstmalers nach Erfolg anheim, das heißt, neben einem festen Sportelbeitrag von 2000 Mark. In einem späteren Briefe, schrieb der Vermittler, daß es sich um den Lippe-Deimold'schen Hof handele, zu dem er Beziehungen habe. Das Prachtstück der Briefsammlung aber ist der nächstfolgende:

Berlin-Friedenau, 31. 8. 1906.

Herrn

Auf Ihren Wunsch überende ich Ihnen das Gesuch, was Sie mir umgehend mit einem polizeilichen Leumundszeugnis über Sie und Ihr Geschäft, sowie einem Depot-schein auf meinen Namen an die Deutsche Bank, Friedenau-Berlin über den Sportelbeitrag von M. 2000 senden wollten. Der Depotschein soll enthalten, daß nach erfolgter Geschäftsverhandlung der Betrag sofort an mich zu zahlen ist und daß derselbe nur mit beiderseitigem Einverständnis abgehoben werden kann.

Der Fürst ist Oberst im 1. Garde-Plankenregiment zu Potsdam und ich bin geneigt, das Gesuch an geeignete Stelle zu geben. Wenn das Polizeiatteat gut ist, so können Sie auch auf Erfolg rechnen, wenn nicht, um, so haben Sie keinen Heller loskosten davon.

Teilen Sie mir noch mit, in welcher Höhe Sie mir ein Gemälde nach Erfolg ablaufen würden, oder welches Ehrenhonorar Sie mir geben würden für meine Mühen, wenn Sie kein Gemälde kaufen würden. Das Hofdiplom erhalten Sie direkt vom Hofmarschallamt.

Hochachtung in Eile
gez. Schleusing, Hofmalers.

Wie man sieht, verstand der Herr Hofmalers sein Geschäft ausgezeichnet! Diefem Schreiben fügte Herr Schleusing gleich ein handschriftliches Formular eines „Verwerbungs-schreibens“ an das Lippe'sche Hofmarschallamt bei, worin der Bewerber für sein gutes Geld noch demütig um Verleihung des Titels bitten muß. Es hat folgenden Wortlaut:

„An das Hofmarschallamt. Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht des regierenden Fürsten von Lippe in Detmold. Ein Hohes Hofmarschallamt wolle geneigt meine Darlegungen prüfen, um dieselben besurwortend an höchster Stelle vorzutragen.“

Untertänigst Unterzeichneter bittet darum, ihm den Fürstlich Lippe'schen Hoflieferantentitel an höchster Stelle erwirken zu wollen und die Genehmigung einzuholen, dem hohen fürstlichen Hofe eine Lieferung von (Angabe der Ware) gratis machen zu dürfen. Die mit der Verleihung verbundenen Sporteln von 2000 M. bin ich geneigt zu zahlen und erwidere dabei, daß die hohe Auszeichnung keine unwürdigen zu teil würde, und daß ich mich, des hohen Gnadenbeweises stets eingedenk, dankbar bezeigen würde. Einem Hohem Hofmarschallamt

ehrerbietigster (Name, Beruf, Stand)

Eine ganze Anzahl von Geschäftsleuten beugte sich tatsächlich diesen Zumutungen, und nicht rein zufällig findet man den Lippe-Deimold'schen Hoflieferantentitel bei Firmen und in Orten, deren Beziehungen zu Lippe-Deimold dem Unkundigen völlig rätselhaft erscheinen.

Arbeitslosen-debatte in der bayerischen Abgeordneten-kammer.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer wurde am Donnerstag die Ablehnung der Arbeitslosenversicherung durch den Reichsrat erörtert. Genosse Timm gab eine geschichtliche Darstellung der Entwicklung der Arbeitslosenfrage in Bayern. Es kam während seiner Rede zu wiederholten heftigen Zusammenstößen mit dem Präsidenten v. Orterer, der sich gegen die Kritik unseres Redners schärfend vor die Erste Kammer stellte. So wurde Timm gerügt, als er daran erinnerte, daß erst jüngst aus dem Schweiße des Volkes der Glanz der Krone neu aufpoliert worden sei. Besonders erregt wurde Herr v. Orterer, als Gen. Timm die Haltung der bayerischen Prinzen im Reichsrat charakterisierte, für die der Landtag nur dazu da zu sein scheint, Wittelsbacher Hauspolitik zu treiben. Als Timm mit dem Ausruf schloß: „Es lebe der Sozialismus! Nieder mit der Reichsratskammer! verhängte der Präsident mit aller Schärfe unter dem Beifall des Zentrums und dem Lärm und Widerschrei der Sozialdemokraten über unseren Redner einen Ordnungsruf, dem er hinzufügte, eine solche der Populardarstellung entnommene Ausdrucksweise ist unerhört. — Darauf bedauerte der Liberale Schön den Beifall des Reichsrats und bezeichnete es als eine Pflicht der Städte, nun ohne Staatszuschuß eine Arbeitslosenversicherung zu schaffen.

Nach kurzen Erklärungen der Konservativen und des Zentrums bedauerte der Minister v. Soden, daß die Regierungsvorlage im Reichsrat gefallen sei. Man hätte den Versuch einer Arbeitslosenversicherung machen sollen, es wäre gewiß etwas Gutes dabei herausgekommen. Er verteidigt aber den Reichsrat insofern, als für seinen Beschluß nur sachliche Gründe maßgebend gewesen, die freilich nicht durchschlagend seien. Die Beibehaltung der Ersten Kammer sei notwendig. Wenn der Abg. Timm seine Haltung in der Arbeitslosenfrage anerkennt habe, sonst aber seine Maßnahme für subaltern halte, so bemerkte er, daß die Bekämpfung der Sozialdemokratie keine Maßnahme sei, sondern die Pflicht einer monarchischen Regierung.

(Stürmischer Beifall im Zentrum.) — Genosse Timm erwidert, der Minister halte wohl deshalb die Reichsratskammer für notwendig, um von dort aus auch bei späteren Anlässen Niederlagen zu erleben. Gegen den Präsidenten bemerkt Timm: er sei in der Kritik seiner Rede hart an die Grenze des Zulässigen gegangen.

Darauf wird der Beschluß des Reichsrats, der die 75 000 M. für Zweck allgemeiner Arbeitslosenversicherung statt für die Arbeitslosenversicherung verwendet wissen wollte, fast einstimmig abgelehnt. — Damit ist für jetzt der Versuch einer staatlichen Unterstützung gemeindlicher Arbeitslosenversicherungen erledigt.

Gewerkschaftsführer und Rittergutsbesitzer.

Unter allen Anzeichen tiefer Empörung drückt die bürgerliche Presse den Brief des Ortsleiters der Breslauer Metallarbeiter an einen Gastwirt ab, den die „Schlesische Zeitung“ ausgegraben hat. Der Gastwirt veranlaßte nämlich seinen Sohn, als Streikbrecher in die Linke-Hofmann-Werke zu gehen, deren organisierte Arbeiter seit 20 Wochen ausgewispert sind. Der Ortsleiter teilte diese Tatsache dem Gastwirt mit und knüpfte daran folgende Bemerkung:

Wir erlauben Sie, uns binnen 24 Stunden mitteilen zu wollen, ob Ihr Sohn die Arbeit sofort wieder einstellen will. Sollten wir bis Montag früh keine Antwort erhalten, dann müssen wir annehmen, daß Sie sowie Ihr Sohn mit den organisierten Arbeitern nichts zu tun haben wollen. Achtungsvoll Philipp.“

Daran wird nun das übliche Gezeirer geflüpft über den unerträglichen Terror der Sozialdemokraten und den hilflosen Staat, der die „ehrlichen Arbeiter“ vor solcher dunkel angedeuteten Verrufserklärung nicht schützen kann.

Als Gegenstück dazu kann nun die „Volkswacht“ folgenden Brief eines konservativen Rittergutsbesitzers im Kreise Heydebrands an einen sozialdemokratischen Arbeiter in Breslau abdrucken:

Rittergut Pollentzschine
Kreis Trebnitz.

An den Arbeiter in Breslau.

Es ist zu meinen Ehren gekommen, daß durch Sie in Pollentzschine sozialdemokratische Kalandre vertrieben werden. Im Interesse Ihrer alten Mutter und Ihres Bruders und im Andenken an Ihren verstorbenen ehrenwerten und durch und durch treu und königlich gesinnt gewesenen Vater bitte ich Sie hiermit, keine Agitation weiter in unser Land zu tragen! Höre ich dennoch wieder davon, so ist für die Familie hier unter meinen Leuten kein Platz mehr. Dankvoll, Rittergutsbesitzer.“

Der Brief ist zwar auch höflich, aber viel deutlicher als jener des Metallarbeiters. Bekanntlich ist die Verbreitung von Druckschriften ebenfalls ein staatlich zugesichertes Bürgerrecht. Liebt es der Sozialdemokrat in seiner Heimat aus, dann wird seine betagte Mutter, die mit dem Vater jahrelang dem „gnädigen Herrn“ gedient hat, rücksichtslos auf die Straße geworfen! Und der Bruder fliegt hinterdrein!

Vielleicht greift die konservative Presse auch diesen krasen Fall von Terrorismus auf und verlangt vom Staat, daß er die Rechte seiner Bürger gegen solche konservativen Zwangsmassnahmen schützt.

Staatsaktion gegen die „Aktion“.

Die Berliner Wochenschrift „Aktion“ erfreut sich der besonderen Aufmerksamkeit des Staatsanwalts. Die Nr. 10 dieser Zeitschrift wurde beschlagnahmt wegen einer Arbeit Raupassants gegen den Krieg. In Nr. 13 und 14 hat die Staatsanwaltschaft Vergehen entdeckt, die ihr zur Einleitung eines Strafverfahrens wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften Anlaß gaben. Außerdem wurde die Nr. 14 beschlagnahmt wegen Aufforderung zum Mord (!). Inkriminiert ist ein Artikel Pfemferts über die Tötung des Chefredakteurs des „Figaro“, Calmette, in dem es heißt, daß auch in Deutschland die Revolverjournalisten so niedergeknallt werden müßten, wie es Frau Cailaux mit Herrn Calmette tat, und daß die „Aktion“ bereit sei, die Adressen von solchen Calmettes in Deutschland mitzuteilen.

Eine Reihe bekannter Schriftsteller, u. a. Franz Wedekind, Hans v. Weber, Karl Henckell, Max Halbe usw. nehmen in einer Erklärung für die „Aktion“ Stellung, in der es heißt: „Eine Massenkonkulation, wie sie hier vorliegt, bedroht nicht nur das Weitererhalten dieses für die jüngste Literatur so charakteristischen Organs, sondern bringt, was wichtiger ist, die Gesinnung und das kulturelle Wollen der um die „Aktion“ gruppierten Literaturbewegung in Verruf.“

Der mexikanische Konflikt.

Scheitern der Vermittlung.

New York, 4. Juni. In Washington rechnet man nicht mehr mit der Möglichkeit, daß die Friedenskonferenz in Niagara Falls ihre Aufgaben wird erfüllen können, da die mexikanischen Insurgenten an den Friedensverhandlungen nicht teilnehmen. Die Union sieht sich dann vor neue Aufgaben gestellt. Es wird angenommen, daß die Union mit einer größeren Okkupation in Mexiko eingreifen und wahrscheinlich auch zur Befestigung der Hauptstadt schreiten wird. Dahingehende Entschlüsse sind noch nicht gefaßt, doch sollen großzügige Vorbereitungen für die Mobilisierung eines Okkupationsheeres getroffen sein.

General Blanquet gibt bekannt, daß die Kanonenboote den Befehl erhalten haben, Tampico zu blockieren, um die Aufständischen daran zu hindern, Zufuhr an Munition zu erhalten.

Die Wirren in Albanien.

Die Hoffnung, mit den Aufständischen zu einer Vereinbarung zu gelangen, ist endgültig aufgegeben. Der Telegraph meldet:

Durazzo, 4. Juni. (Meldung der Agenzia Stefani.) Die Internationale Kontrollkommission ist gestern nach Schial gefahren, um direkt mit den Aufständischen zu unterhandeln. Diese befristeten ihre jüngst geäußerten Wünsche, nämlich, daß sie von einem mohammedanischen Fürsten oder von der Türkei regiert zu sein wünschten. Während der Besprechung stellte die Kommission fest, daß die Aufständischen bereit wären, in den nebensächlicheren Fragen nachzugeben, daß sie aber in dem Hauptpunkt, nämlich in ihrer Forderung betrefis des Fürsten nicht nachzugeben gedächten. Die Besprechung dauerte drei Stunden. Nachdem die Kommission dem Fürsten über das Ergebnis ihrer Mission Bericht erstattet hatte, erklärte sie ihren Austrag für erledigt. Der Fürst bedient sich vor, seine Entscheidung zu treffen.

Mit anderen Worten, die Verhandlungen sind vollständig gescheitert, die Aufständischen bestehen

auf die Abwanderung des Abtes. Oesterreich und Italien wollen aber offenbar noch immer nicht einsehen, daß ihre Wirtschaft völlig lebensunfähig ist. Sie haben daher, nachdem der erste Plan, internationale Truppenabteilungen in Durazzo zu landen, glücklicherweise gescheitert ist, die anderen Mächte ersucht, Kriegsschiffe nach Durazzo zu senden. Die deutsche und die englische Regierung haben sich auch bereit erklärt, je ein Schiff zu schicken, falls alle übrigen Mächte an dieser Flottenaktion teilnehmen. Was diese Aktion nützen soll, ist unklar. Die Insurgenten haben heute alle wichtigen Orte Mittelitaliens in Händen und werden sich vor den Schiffen nicht sehr fürchten, um so mehr, da wohl keine Macht, außer den beiden Beschützern Albanens, viel Lust zu einem gewalttätigen Vorgehen haben dürfte.

Aus der Partei.

Landesparteitag in Sachsen-Altenburg.

Am 13. und 14. Juni wird die Sozialdemokratie im Herzogtum Sachsen-Altenburg ihren 25. Landesparteitag abhalten. Neben geschäftlichen Dingen weist die Tagesordnung auch folgende Punkte auf: Jugendfrage, Bericht der Landtagsfraktion, die gegenwärtige politische Situation. Der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit ist bereits in einer umfangreichen Druckschrift niedergelegt. Es geht aus ihm hervor, daß es auch in dem kleinen Lande an beständiger Arbeit zur Bekämpfung der Reaktion nicht gefehlt hat. Aus dem vom Parteisekretariat erstatteten Geschäftsbericht ist ersichtlich, daß sich die Partei gut entwickelt hat. An Mitgliederbeiträgen gingen in den Ortsvereinen 25 731,70 M. ein, wovon 118,40 M. an die Landesparteilasse abgeliefert wurden. In die Parteilasse in Berlin wurden 5142,58 M. und an die Bezirkskasse in Weimar 514,25 M. abgeliefert. Die Mitgliederzahl betrug 6877 (3780 männliche und 3097 weibliche), im vorhergehenden Jahr 6344 (3576 männliche und 2768 weibliche). Die Volkszeitung wird seit dem 1. Januar 1914 in eigener Druckerei gedruckt, jedoch läßt sich dem kurzen Zeitraum bestimmtes über den finanziellen Erfolg nicht mitteilen. Erhöhenwert ist ferner, daß sich die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Jugend“ von 1192 auf 1376 erhöht hat.

Vom Militarismus in Dänemark.

Die „Nationalidee“, ein Hauptblatt der dänischen Arbeiterbewegung, vertritt augenblicklich von bekannten Persönlichkeiten der internationalen Sozialdemokratie Resolutionen in der Rüstungsfrage zu erhalten, die gegen die Haltung der dänischen Sozialdemokraten ausgesprochen werden sollen. Diese fordern bekanntlich die Einstellung der dänischen Rüstungen und Abrüstung, weil sie der Auffassung sind, daß das kleine Land seiner wenig günstigen strategischen Lage gar nicht imstande ist, gegen eine Großmacht Krieg zu führen, oder im Falle eines Krieges zwischen zwei Großmächten seine Neutralität zu wahren.

Eine andere Stellung nimmt die schwedische Sozialdemokratie ein. Schwedens strategische Lage sowohl als seine militärischen Kräfte sind ja gar nicht mit Dänemark zu vergleichen. Gleichwohl wird die Stellung unseres Genossen Branting von der militärischen Presse gegen die dänische Sozialdemokratie auszunutzen gesucht. Branting hat dem Vertreter eines schwedischen Blattes bezüglich Schwedens erklärt, daß der Verzichtungsmissbrauch hier für eine große Partei unmöglich sei, und die sozialdemokratische Internationale habe auch nie solche Forderungen erhoben. Vielmehr werde von ihr die Abrüstung der internationalen Grundzüge verlangt. Branting hat dann weiter auf die Militärforderungen und die Haltung der Engländer und französischen Sozialdemokratie verwiesen.

Die „Nationalidee“ unternimmt nun den Versuch, namhafte ausländische Sozialdemokraten über die Stellung der Internationale auszufragen. Das ist ganz überflüssig; denn die Protokolle der internationalen Arbeiterkongresse sind natürlich auch in Kopenhagen einzusehen. Schon in Paris 1889 wurde zur Frage des Militarismus Stellung genommen. In London 1896, Stuttgart 1907 wurde die Forderung der Miliz erhoben, und die Kopenhagener Resolution von 1910 bestätigte ausdrücklich den militärischen Verzicht. Das Kopenhagener Blatt braucht also nur die Protokolle einzusehen, um die Richtigkeit der Ausführungen anderer Genossen Branting festzustellen. Damit ließen sich allerdings keine Geschäfte gegen die dänische Sozialdemokratie machen, was das Blatt aus den eventuellen Antworten der Befragten erhofft.

Über ein Einvernehmen zwischen der italienischen und der österreichischen Partei.

Am 2. Juni. (Sig. Ver.) Im „Avanti“ vom 1. Juni wird Genosse Bella in Vertretung des Parteisekretärs Vazzari mit, daß zwischen der österreichischen und der italienischen Partei vollständiges Einvernehmen über die Haltung in der albanesischen Frage bestünde. In Erwiderung einiger kritischen Bemerkungen des Genossen Rondello hebt Bella hervor, daß der italienische Parteivorstand den Wiener Genossen schon vor dem Parteitag von Ancona eine Zusammenkunft vorgeschlagen hätte, die aber wegen der Tagung der Delegationen unterbleiben mußte. Diese Zusammenkunft würde aber im nächsten August in Wien stattfinden, und zwar kurz vor dem internationalen Kongreß. Auf die Hölle bestände zwischen beiden Parteien vollständige Einmütigkeit in Sachen der äußeren Politik, so daß, falls eine plötzliche Entscheidung nötig sein sollte, diese auch ohne vorherige Zusammenkunft getroffen werden könnte. In der auswärtigen Politik hätte das Proletariat sowohl in Oesterreich wie in Italien die gleichen Ziele und die gleichen Zwecke.

Aus Industrie und Handel.

Die Effektenbank „Blum u. Schmid“ in Köln ist, wie aus ein Privattelegramm meldet, verkracht. Durch Benutzung gefälschter Stempel und Inzuminierung gefälschter Aktepte sind, soweit bisher übersehbar, Betrügereien bis zu 200 000 M. a. r. verübt. Eine Berliner Firma ist um 90 000 M. geschädigt. Der Inhaber Blum, ein 54jähriger Mann, ist geflohen, vermutlich nach Luxemburg. Die Gerüchte, daß er mit verschiedenen Banken Verträge abgeschlossen haben, die dahingegen, daß die Vertragsschließenden als stille Teilhaber in das Geschäft eintreten, sind als Pseudo-Büroauswüchse zu bezeichnen. Bei der Durchsichtung des Büros wurden Gummistempel und Gegenstände gefunden, welche zu Fälschungen geeignet sind. In der Kasse fanden sich nur 100 M. bar. Auch hat Blum Wechsel in hohen Beträgen gefälscht und diskontiert.

Das deutsche Buchdruckgewerbe und der Weltmarkt.

Die internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig wird voraussichtlich dazu beitragen, die Beziehungen der deutschen „Schwarzen Kunst“ zum Weltmarkt noch lebhafter zu gestalten. Bekanntlich beherrschten zur Zeit und nach der Revolution die Erzeugnisse des deutschen Buchdruckgewerbes den Weltmarkt fast konfuzienlos. Die Schätze der großen ausländischen Bibliotheken legen noch heute herabes Zeugnis von der Verbreitung und der hohen künstlerischen Qualität der damaligen deutschen Druckschriften u. s. w. ab. Gegenwärtig werden alljährlich für 100 Millionen Mark Bücher, Rollen, Silber usw. nach dem Ausland verkauft, während die Einfuhr derartiger Erzeugnisse einen Wert von etwa 45 Millionen Mark repräsentiert. Die wichtigsten

Abnehmer für deutsche Bücher sind Oesterreich-Ungarn, die Schweiz, Rußland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und die Niederlande. Die Ausfuhr von bedrucktem Papier (außer Tapeten und dergleichen) hatte im Jahre 1913 einen Wert von 6,50 Millionen Mark, gleichzeitig wurden für 6,78 Millionen Mark Rusnoten, für 9,43 Millionen Mark Farbendruckbilder und für 2,68 Millionen Mark Kupferstiche, Holzschneide usw. exportiert. Die Bedeutung des deutschen Buchdruckgewerbes kommt natürlich auch in der Entwicklung und Leistungsfähigkeit seiner Hilfsgewerbe zum Ausdruck. Das gilt besonders von der Herstellung von Buchdruckmaschinen. Deutschland verkauft am Weltmarkt alljährlich für etwa 10 Millionen Mark Schnellpressen für Buch-, Stein- usw. Druck und für etwa 12 Millionen Mark andere Buchdruckmaschinen. Die Ausfuhr von Papierdruckfarbe aus Ruß oder Kupferdruckfarbe beläuft sich alljährlich auf etwa 26 561 Doppelzentner im Werte von 3,50 Millionen Mark. Außerdem werden noch für etwa 1,25 Millionen Mark bunte Druckfarben und für etwa 1 Million Mark trockene Druckschwärze exportiert. Recht bedeutend ist auch die Ausfuhr von Druckplatten und Buchdruckerstichen aller Art.

Die Konkurrenz der Schiffahrtslinien. Der Londoner „Daily Mail“ zufolge finden augenblicklich äußerst delikate Verhandlungen zwischen den englischen Schiffahrtslinien einerseits und dem Norddeutschen Lloyd und der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft andererseits statt, um eine Konferenz von Vertretern dieser Gruppen in London herbeizuführen. Es soll eine Verständigung über die Frachtschiffahrt nach Neuseeland herbeigeführt werden, um die augenblicklich ein erbitterter Kampf zwischen England und Deutschland geführt wird.

Soziales.

Unzulänglicher Lehrvertrag.

Auf Ausstellung eines Zeugnisses und auf Schadenersatz in Höhe von 80 M. war eine gestern vor dem Gewerbegericht verhandelte Klage eines Lehrlings gegen den **Institutenr Michaelis** gerichtet.

Der Beteiligte hatte nicht die Befähigung, Lehrlinge auszubilden. Er hatte sich zwar zur Meisterprüfung gemeldet, war aber durchgefallen. Weil auch sonst niemand im Geschäft war, der eine jaggemäße Ausbildung des Lehrlings gemächtig hätte, nahm ihn der Vater aus der „Lehre“. Nun lagte Michaelis vor dem Amtsgericht auf Schadenersatz in Höhe von 80 M. Das zwang den Kläger seinerseits, vor dem Gewerbegericht zu klagen. Da er trotz seines Verlangens seines Bescheinigung über Art und Dauer sowie Führung und Leistung erhalten hatte, so hinderte ihn das, eine andere Lehrstelle zu bekommen. Erst nach dem Stattfinden mehrerer Termine (zirka 8 Wochen verspätet) stellte der Beteiligte das Zeugnis aus. Nunmehr war der Kläger bereit, seinen Schadenersatzanspruch fallen zu lassen, wenn die Klage vor dem Amtsgericht zurückgezogen würde. Darauf ließ sich der Beteiligte nicht ein. Er stützte sich auf ein Schreiben der Handwerkskammer, durch das ihm die Ausbildung des Lehrlings vorläufig gestattet wurde.

Das Gericht erkannte durch Teilurteil den Anspruch des Klägers dem Grunde nach als gerechtfertigt an. Ueber die Höhe soll nach Rechtskraft dieses Urteils verhandelt werden. Begründend wurde ausgeführt, daß der Kläger berechtigt war, das Lehrverhältnis sofort zu lösen, weil der Beteiligte tatsächlich unfähig für Ausbildung ist. Die Handwerkskammer habe nicht das Recht, Ausnahmen von den zwingenden Vorschriften der Gewerbeordnung zuzulassen.

Es wird Sache der Handwerkskammer sein, sich darüber zu äußern, ob sie in der Tat dem Beteiligten die vorläufige Ausbildung des Lehrlings gestattet hat und anzugeben, worauf sie diese mit Recht vom Gewerbegericht als unzulässig bezeichnete Erlaubniserteilung zu stützen glaubte.

Betriebsunfall und Verschulden.

Dem Versuch einer Einigung des Bezirks „Betriebsunfall“ ist das Reichsversicherungsamt durch Aufhebung einer auffehererregenden Entscheidung des Oberversicherungsamts **Wetzlar** jetzt entgegengetreten.

Der Maurer Wilhelm Müller aus Rechen bei Dellich war am 16. April 1912 im Auftrage eines Maurermeisters aus Eilenburg in einem **Transformatorzentrum** der Kulkwitzer Heberlandzentrale mit dem Stemenen von Löchern beschäftigt. Bei seiner Arbeit, und zwar während des **Begrümmens von Baukasten** aus dem Turm, kam er der Hochspannungsleitung zu nahe und wurde derart schwer verbrannt, daß er nach 10 Tagen starb.

Die Hinterbliebenen verlangten nun von der **Magdeburgerischen Baugewerkschaftsgenossenschaft** die Hinterbliebenenrente, die aber abgelehnt wurde. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß der Verstorbene trotz ausdrücklichen Verbotes des abgeperrten Raumes betreten und sich somit in eine selbstgeschaffene Gefahr begeben habe. Diese sei bei ordnungsmäßigem Verhalten ausgeschlossen gewesen, denn die Tür zu dem Jellraum war durch drei Bretter abgesperrt; außerdem war ein Warnungsschild angebracht, das auf die bestehende Lebensgefahr hinwies, und den Zutritt ausdrücklich verbot. Trotzdem habe sich der Berufsglückliche ohne Auftrag Eingang verschafft.

Dieser Auffassung trat auch das **Oberversicherungsamt Wetzlar** bei, indem es den Rentenanspruch ablehnte. Das **Reichsversicherungsamt** hat nun die **Vorentscheidung** aufgehoben und den Hinterbliebenen die Rente zugesprochen. In den Entscheidungsgründen heißt es u. a., daß das Entfernen des Baukastens regelmäßig zu den Obliegenheiten der Maurer gehöre, die Arbeit also dem Interesse des Betriebes diene. Daß die Jelle durch eine Schranke, an der eine Warnungstafel angebracht war, abgesperrt war, kann eine andere Beurteilung nicht rechtfertigen. Es könne dahingestellt bleiben, ob R. einem gehörig durchgeführten Verbot zuwidergehandelt hat; jedenfalls wurde durch sein Tun der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem Betrieb nicht ausgeschlossen.

Die Entscheidung des Reichsversicherungsamts entspricht durchaus dem Gesetz. Nach diesem geht der Arbeiter (und seine Hinterbliebenen) seines Anspruchs auf Unfallrente nur dann verlustig, wenn er vorsätzlich oder durch ein strafbares Verschulden den Unfall herbeigeführt hat. Selbst nach dem alten Haftpflichtgesetz, das den Unfall voll und ohne all die Schifanen der Reichsversicherungsordnung entschädigte, aber die Entschädigung ausschloß, wenn der Unfall durch ein Verschulden des Verletzten herbeigeführt war, hätte das Reichsgericht in einem Fall wie den vorliegenden, eine Beurteilung ausgesprochen, weil das Verschulden des Arbeiters weit geringer war als das des Unternehmers, der den Zugang zu der gefährlichen Stelle in ausreichender Weise während der Schuttrüumarbeit hätte unmöglich machen müssen.

Selbsterfindlich ist aber trotz und wegen der Gewöhnung des Arbeiters an die Gefahr und der dadurch oft herbeigeführten Unachtsamkeit des Arbeiters immer wieder zu betonen, daß strengste Einhaltung von Unfallverhütungsmahnmahnen im eigenen Interesse des Arbeiters liegt: sein Leben und seine Gesundheit stehen unendlich höher als die geringfügigen „Renten“.

Sozialpolitik und Militärvorlage.

Ein beliebtes Argument der Unternehmer gegen die Fortführung der Sozialgesetzgebung ist die Behauptung, eine noch weitere Verkürzung der Arbeitszeit würde den „ahnehin“ weis-

chronischen Arbeitermangel ganz bedeutend verstärken. Schon jetzt sei Deutschland genötigt, jährlich hunderttausende Arbeitskräfte aus dem Auslande heranzuziehen. Wenn in der „Mederpolitik“ fortgeföhren würde, dann müßten wegen Arbeitermangel die Verteilung stöden. Auf diesen Ton war auch die Rede des saarabischen Handelskammersekretärs Dr. Schlenker auf der Hauptversammlung der süddeutschen Eisen- und Stahlindustriellen gestimmt. Dieser Schorfmacher aus der Schule des **Alex Tille** sprach über: **Arbeiterfragegesetzgebung und ihre wirtschaftlichen Rückwirkungen.** Der stenographierte Wortlaut dieser Rede ist nun in „Stahl und Eisen“ erschienen. Sie ist ein interessanter Beitrag zur Unternehmerrhetorik unserer Tage. Nachdem Schlenker in der üblichen Weise die Laikraft und nationalen Verdienste der „Industrie-kapitäne“ in den Himmel erhoben, die sozialreformatorischen Forderungen als das Werk von Revolutionären oder bestenfalls „weltfremden Utopisten“ charakterisiert hat, ruft er aus: „So wir schließlich noch die Leute herrschen lassen, wenn das Recht auf Arbeit immer mehr verklümmert und geschwächt (durch die Arbeiterfragegesetzgebung) und dadurch die Einstellung neuer Arbeiter notwendig wird, ist nicht abzusehen. Die Herren Sozialpolitiker tun wirklich alles, um den Teufel mit Belgebud auszutreiben.“

Welche persönlichen Verdienste dem saarabischen Handelskammersekretär das Recht geben, so hochtönend über die „Herren Sozialpolitiker“ zu urteilen, hat er leider vergessen anzugeben. Wer indes wirklich den Teufel mit Belgebud austreibt, das hat der „grundgescheute“ Dr. Schlenker und in seinem Vortrag beraten. Er schlägt „alles in allem“ den Bedarf der deutschen Volkswirtschaft an ausländischen Arbeitern auf „weit mehr als eine Million“ und plaudert dann in reizender Bewußtlosigkeit weiter: „Die neue Militärvorlage, die nicht nur weitere 136 000 arbeitende Kräfte aus allen Berufszweigen herausnimmt, sondern auch noch durch Festsetzungen und Kofernenbauten einen eigenen großen Bedarf an Arbeitskräften geschaffen hat, hat natürlich noch weiter den Bedarf an ausländischen Arbeitern gesteigert! Daß diese Abhängigkeit der Deutschen vom ausländischen Arbeitsmarkt ein Vorteil ist, wird niemand behaupten.“

Straffer kann man sich wohl nicht in Widersprüche verwickeln wie dieser Angestellte der saarabischen Unternehmer. Sind es doch diese und ihre Kollegen nicht zuletzt gemein, die durch ihre Presse und Sekretäre die Treibereien des „Wehrvereins“ unterstützen und die riesige Militärvorlage als eine „nationale Notwendigkeit“ gefordert haben. Nun das „große Werk“ gelungen ist, nun 136 000 der leistungsfähigsten Arbeitskräfte unserer Volkswirtschaft durch den Militarismus, abgesehen von den sonstigen, glatt entzogen sind, nun konstataieren die Unternehmer, daß die deutsche Volkswirtschaft dadurch in eine stärkere, keineswegs erfreuliche Abhängigkeit von dem ausländischen Arbeitsmarkt gekommen ist. Die Unternehmer gestehen demnach selbst ein, daß der Militarismus, über dessen schwerdrückende Belastung der Völler kein Zweifel obwalten kann, obendrein noch direkt unserem Erwerbseben hunderttausende notwendige Arbeitskräfte entzieht und somit indirekt auch ein schweres Gemmis der Sozialgesetzgebung ist. Grund genug für die nicht im verbildenden Chauvinismus verfunkenen Volksgenossen, den nimmerfatten Militarismus als wirklichen Erbfeind zu bekämpfen.

Jahresversammlung der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet ihre diesjährige Jahresversammlung vom 19. bis 21. Juni in Leipzig. Die Verhandlungen werden eingeleitet durch einen großen öffentlichen Vortrag über den Einfluß der Geschlechtskrankheiten auf die Gesundheit und Fruchtbarkeit der Frau, Referent ist der bekannte Gynäkologe Professor Dr. Hiesch-Krausfurt a. M. Das Thema der eigentlichen Verhandlungen betrifft die **Behandlung der jugendlichen Prostituierten.** Als Referenten sind genommen: der Jugendkrankeanwalt Herr Landgerichtsrat **Kupprecht-München**, Herr Polizeiarzt Dr. **Brüning-Stuttgart**, ferner wird die Polizeipflegerin **Fräulein Stemmler-München** über ihre Tätigkeit berichten und Frau **Graziella-Schneidhuber-Berlin** wird die private Fürsorgetätigkeit mit spezieller Berücksichtigung des Mädchenschutthaus in Berlin erörtern. Anmeldungen zur Teilnahme und zur Diskussion werden in der Geschäftsstelle Berlin W., Wilhelmstr. 48, entgegengenommen. Von dort können auch nähere Programme mit den Vorträgen zu den Referaten bezogen werden.

Letzte Nachrichten.

Biviani noch unklüßig.

Paris, 4. Juni. **Biviani** hat dem Präsidenten Poincaré mitgeteilt, daß er, da er noch einige Schritte unternehmen müsse, ihm nicht vor morgen mittag werde endgültige Antwort erteilen können, ob er den Auftrag, das Kabinett zu bilden, annehme. Poincaré hat darauf **Bourgeois** empfangen.

Siege der Aufständischen in Mexiko.

Mazatlan (via San Diego), 4. Juni. Die Verbindung zwischen der Weisheit von Mexiko und der Stadt Mexiko ist durch die Konstitutionalistischen völlig abgeschnitten. Nach einer von dem Admiral Howard hier eingetroffenen Nachricht ist die Stadt **Guadalupe** von drei Kolonnen der Armee des Generals Obregon eingeschlossen. Die Stadt **Colima** ist in die Hände des Konstitutionalistischen-Generals und früheren Gouverneurs des Staates **Colima, Alamillo**, gefallen.

Durango, 4. Juni. Nach Depeschen, die von Carranza hier eingetroffen sind, sind die Städte **Tantima** und **Tantoguca** im Staate **Veracruz** von einer Streitmacht unter General **Canibdo Aguilar**, der kürzlich zum Gouverneur dieses Staates ernannt worden ist, eingenommen worden. Aguilar hält jetzt einen großen Teil des Landes und hat Zivil- und Militärbehörden eingesetzt.

Zentralisierung der englischen Gewerkschaftsbewegung.

London, 4. Juni. Vertreter der Bergleute, der Eisenbahner und der Transportarbeiter haben heute in London eine vertrauliche Besprechung abgehalten zwecks Schöpfung eines großen Arbeiterbundes. Die Anwesenden waren völlig einmütig für einen Bund, der eine gemeinsame Aktion in allen Fragen von wesentlicher Wichtigkeit für das Gewerkschaftswesen sichert und Meinungsverschiedenheiten unter den einzelnen Berufszweigen vorbeugt. Die Konferenz beschloß, einen nationalen Kongreß zur Beschäftigung ihres Beschlusses einzuberufen.

Eisenbahnkatastrophe in Ungarn.

Edenburg, 4. Juni. In der Station **Sakensbach** fuhr ein aus **Sina** ankommender Personenzug infolge falscher Weichenstellung in einen Güterzug hinein. 20 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Sechster Wahlkreis.

Oeffentl. Kommunalwähler-Versammlung
am Freitag, den 5. Juni 1914, abends 8 1/2 Uhr,
für den 34. Kommunal-Wahlbezirk
im „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünder Str. 42
Auf zur Stadtverordneten-Wahl!

Tagesordnung: Referent: Gewerkschaftssekretär Genosse Karl Henschold.
Freie Diskussion. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Sozialdemokratischer Wahlverein für d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis

Sonntag, den 7. Juni 1914, vormittags von 8 Uhr ab:
**Urwahl des Vorstandes
und der Kommissionsmitglieder
für Groß-Berlin**

in folgenden Lokalen:

H. Zeller, Steinhilberstr. 29
H. Wühl, Steinhilberstr. 67
Ph. Hückert, Zimmerstr. 50
Kaufhaus, Markgrafenstr. 85
H. Reufner, Gageburgerstr. 20 a

Zentrale: Thonien, Gneisenaustr. 30.

Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, das den Beitrag für Februar 1914 bezahlt hat. Das Wahlrecht kann in irgendeinem der vorgenannten Lokale ausgeübt werden.

Die Wahl beginnt um 8 Uhr vormittags und wird um 12 Uhr mittags geschlossen.

Abessinier Brunnen
zum Selbstausstellen für 3 m
Tiefe (von 12 Mark an
Goldpumpen, Garten- u.
Druckpumpen usw.)
5 Jahre Garantie.
Multiriele Preisliste gratis.
Koblanck & Co.
Pumpenfabrik, Berlin N.,
289/3* Reichenhagenstraße 95.

Magnum

Bei Verdauungsstörungen, Appetit-
mangel, verdoenem Magen, Sodbrennen, Blähungen, Magenkrämpfen
und -Schwäche, Magenkrampf, Uebelkeit mit Erbrechen, überhaupt
Magenbeschwerden sind

Reichel's Magentropfen
von nachweisl. erprobter Wirkung u. wohl-
tunend wie Balsam auf den kranken Magen.
Flasche 50 Pf. nur mit
u. 2 M. einzig echt Marke „Medico“
Wenn in Drogerien nicht erhältlich, durch
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4



Theater und Vergnügungen

Freitag, 5. Juni 1914.

Anfang 4 1/2 Uhr.
Voigt-Theater. Das Nitternachts-
mädchen.

Anfang 5 Uhr.
Wallage-Theater. Sino-Sartich.
Vorstädter Naturtheater. Alt-
Vordamm.

Anfang 7 Uhr.
Rgl. Oberhaus. Barfisch.
Eines Rollendorf-Theater.
Schiffpieler.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Schanzenhaus. Der Weihen-
treiber.

Anfang 7 3/4 Uhr.
Berliner Prater-Theater. Grigi.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Zum Höhlen der Jung-
frau.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Deutsches König Lear.
Kammerstücke. Idyllen.
Deutsches Oberhaus. Roman-
Lesant.

Anfang 8 3/4 Uhr.
Feeling. Das Märchen vom Wolf.
Theater an der Weidenammer
Brüder. Der müde Theodor.

Anfang 9 Uhr.
Schiller O. Klein-Eva.
Schiller Charlottenburg. Geo-
graphie und Liebe.

Anfang 9 1/2 Uhr.
Deutsches Künstler-Theater.
Schneider Wibbel.

Anfang 9 3/4 Uhr.
Berliner. Wie einst im Mai.
Königsgräber Straße. Mr. Su.
Theater des Weidens. Anna
Bianchina.

Anfang 10 Uhr.
Aleines. Jethen Geberl.
Thalia. Wenn der Frühling kommt.
Friedrich-Wilhelmsdänisches.
Die Scheidungs-Ehe.

Anfang 10 1/2 Uhr.
Noie. Das Märchen vom
Wanda Operetten. Als ich noch
im Jagdgebiet.

Anfang 10 3/4 Uhr.
Herrnfeld. Ein Reinfall. Gest'
ist übermorgen. Adrias-Garte.
Apollo. Spezialitäten.

Anfang 11 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Seltener Sänger.
Palast-Theater. Das Nitzel.

Anfang 11 1/2 Uhr.
Theater am Nollendorfsplatz.
Der Juxbaron.

Anfang 11 3/4 Uhr.
Zustielhaus. Die spanische Flegel.
Romädichaus. Kammermusik.
Julus Buis. Das Nitzel.

Anfang 12 Uhr.
Walhalla. Zwischen Himmel und
Erde. Ein Paar Damendöckchen.
Luffen. Der wilde gelbe Hahn.
Solles Caprice. Die Ledwäckerin.
Die Amordragoner. Das Welt-
Napoleon. Ah - da stann' ich.

Anfang 12 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Maria
Heddamer.
Reibens. Die verurteilte Liebe.
Admiralspalast. Im Tangoklub.

Anfang 12 3/4 Uhr.
Sternwarte. Anvalidenstr. 57-62

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Klein-Eva.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wann wir altern. Hierauf:
Liebe. Nachher: Lotthoes Geburtstag.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.

Schiller-Theater Charlotten- burg.

Freitag, abends 8 Uhr:
Geographie und Liebe.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Kabale und Liebe.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rössl.

Theater in der Königsgräber Straße

8 Uhr:
Mr. Wu.

Komödienhaus.

8 1/2 Uhr:
„Kammermusik“.

Berliner Theater.

8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater a. d. Weidendorferbrücke.

Täglich abends 8 Uhr
Zum 87. Male: mit sensationell.
Erfolge: **Der**

müde Theodor.

Vorher: Kaiser d. engl. Tanzkünstlerin
Miss Mac Keen i. ihren Originalität.

Theater am Nollendorfsplatz 5.

8 1/2 Uhr:
Der Juxbaron.

Friedrich-Wilhelmsstadt. Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die Scheidungs-Ehe.

ROSE=THEATER

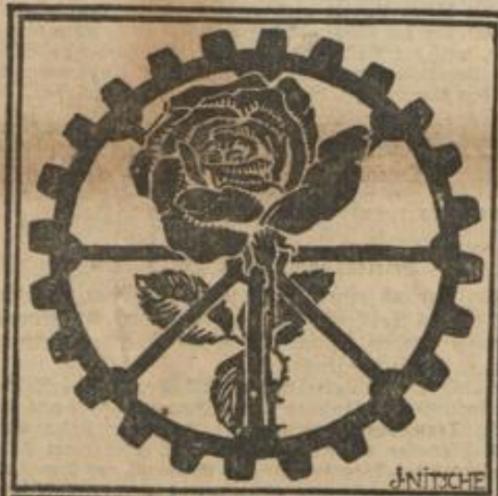
Große Frankfurter Str. 132.
Das Häffel: Wrib.

Anfang 8 Uhr.
Wagen: **Das Märchen vom**
Auf der Gartenanlage -
Konzert, Theater-Vorstellung,
erstl. Spezialitäten. Auf. 4 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Herr Direktor Kuhlicke

Burleske von
Wegfel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags
7 1/2 Uhr.



**DEUTSCHE
WERKBUND-AUSSTELLUNG
COIN 1914**
KUNST IN HANDWERK, INDUSTRIE & HANDEL
ARCHITEKTUR
THEATER-KONZERT-SPORT-VERGNÜGUNGS-PARK
355000 am AUSSTELLUNGSGELANDE
AM RHEINUFER GELEGEN
MAI - OKTOBER.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Zum Hochfirt der
Jungfrau.

ZOOLOG ischer Garten

Täglich ab 4 Uhr:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert.**

Eintrittspreise:
Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar. 1 M. v. d. Str. 50 Pf. v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

Neu! Neu! AQUARIUM

9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Admiralspalast.

Eis-Arena.
Die
Novität „Im Tangoklub“
und das effektvolle Eisballett
„Die lustige Puppe“.
Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Wein- und Bier-Abteilung.

WINTERGARTEN

Neues Programm!
Radjah

in ihren Tänzen
Johnson u. Dean Jeanette Denarber
Ragtime-
Sextett mit ihrem
Ballon
sowie
10 hervorragende Kunstkräfte

Entreepplatz wochentags
M. 0.60.
- Rauchen gestattet! -

Metropol-Theater.

Abends 7 Uhr 35 prächtig:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**

Voigt-Theater

Badstraße 58.
Heute, sowie täglich:
Das Witternachtsmädchen.
Gr. Ausstattungsm. m. Ges. u. Tanz
in 3 Akten u. Aufzügen von Spezial-
tänzen allerersten Ranges.
Aufführung 2 Uhr. Auf. 4 1/2 Uhr.

LEIPZIG 1914



Weltausstellung

für das
BUCHGEWERBE
und die
GRAPHISCHEN KÜNSTE
Eigene Gebäude fremder Staaten
SONDER-AUSSTELLUNGEN
Festliche Veranstaltungen
Grosser Vergnügungspark

Passage-Panoptikum.

Lebend!
**Die letzten
weiblichen
Azteken!**

Der unfesselbare Rappo,
der König der Ausbrecher.
Aga, die schwebende Jungfrau.
Buddhas Geistertafel.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Leibwäscherin.
Die Amordragoner.
Das Bett Napoleons.
Ah - da stann' ich.

Zirkus Busch.

Gastspiel des
Deutschen Theaters.
Zirkus
Busch und A. Wertheim.
Preise der Plätze von 1-10 M.

Das Mirakel

Antfang 8 1/2 Uhr.
Vorverkauf an der Kasse des
Deutschen Theaters, Zirkus
Busch und A. Wertheim.
Preise der Plätze von 1-10 M.

beranlassen, möglicherweise auf diesem Wege der Ausperrung überhaupt das Rückgrat brechen zu können.
Dass der Sieg nicht schlagend ist, das zeigt der Umstand, dass Andeutungen von einer möglichen Materialsperrung laut werden, wodurch die direkte Beschäftigung der Ausperrten bereitwillig werden könnte. Diese verschiednen Drohungen sind jedoch kaum ernst zu nehmen. Dank der Unwissenheit eines Schutzkollektivs sind Kartelle und Trusts nach nicht absolute Herrin in England, und im schlimmsten Falle bleibt immer noch die Möglichkeit der Materialzufuhr vom Auslande.

Bergarbeiterkämpfe in Spanien. Neue ernste Konflikte sind in den spanischen Bergarbeiterbezirken Rio Tinto ausgebrochen, weil die Gesellschaft die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt. Die Arbeiter kündigten an, dass sie Sabotage treiben würden, wenn die früheren Abmachungen nicht eingehalten würden. Darauf wurde das gesamte Personal ihrer Druckeret und der Sekretär ihrer Gewerkschaft verhaftet und das größte Dorf des Bezirkes militärisch besetzt.

Verbandstag der Maschinisten und Heizer.

Leipzig, 3. Juni.
Städt. Verhandlungstag.

Die Beratung der gestellten Anträge, die bereits am Dienstag begann, wurde fortgesetzt. Mit wenig Ausnahmen wurde eine Erhöhung der Beiträge das Wort geredet und betont, dass gerade Arbeiter mit geringem Verdienst für die Erhöhung sich ausgesprochen hätten, in der richtigen Erkenntnis, dass nur durch einen starken Kampffonds die Arbeiter in der Lage seien, sich bessere Löhne zu erringen. Von anderer Seite wurde gegen die Vermehrung der Unterstützungseinrichtungen gesprochen und betont, dass bei einer Erhöhung der Beiträge den Mitgliedern aber auch ein Entgegenkommen gezeigt werden müsse, in Form erhöhter Unterstützungssätze.

Für die Statutenberater-Kommission berichtigte Seher-München. Beschlossen wurde eine Beitragserhöhung von 10 Pf. für jede Beitragsklasse. Der Bezug der Erwerbslosen-Unterstützung wurde um 1 bis 4 Wochen verlängert. Ferner wurde eine Bestimmung geschaffen, wodurch sich die inaktiv gewordenen Mitglieder gegen Abschreibung einer 10 Pf.-Marke die erworbenen Rechte an die Unterstützung in Sterbefällen sichern können. Das Statut soll am 1. Januar 1914 in Kraft treten. Dem Vorstand zur Erledigung überwiesen wurden alle jene Anträge, die eine Reorganisation des Verwaltungskörpers wollen, mit dem Auftrag, sie bis zum 1. Januar 1914 zu erledigen.

Ferner stimmte der Verbandstag gegen 5 Stimmen einem Antrag auf Gewährung einer laufenden Feuerungszulage und eines Wohnungszuschusses von 15 Proz. zu. Auch soll bis zum Inkrafttreten der Unterstützungen aus dem Angestellten-Verbandsrat der Beitrag zur Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten ab 1. Juli bezahlt werden.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, auch der Redakteur und der Vorsitzende des Ausschusses wurden wiedergewählt.

Zum Koalitionsrecht wurde nachstehende Resolution angenommen:

Das Koalitionsrecht ist das wichtigste soziale Recht der Arbeiterschaft; es ist für sie unentbehrlich in ihrem Ringen nach höheren Lebensbedingungen und darum auch die Vorbedingung zu ihrem kulturellen Aufstieg. Alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, der Arbeiterschaft dieses Recht zu schmälern, können nur den Zweck verfolgen, sie an diesem Aufstieg zu hindern. Die Arbeiterschaft protestiert ganz entschieden dagegen, dass ihr dieses Recht freitrag gemacht wird, und sie fordert mit Nachdruck, dass sie nicht als mindernde Rechte behandelt wird als die Angehörigen anderer Gesellschaftsschichten, die in ihren Berufs- und Standesorganisationen von ihrem Koalitionsrecht uneingeschränkt Gebrauch machen.

In diesem Sinne gegen die Koalitionsrechtsfeindlichen Bestrebungen führt sich der größte Verbandstag der Maschinisten und Heizer ein mit der gesamten deutschen Arbeiterschaft und fordert mit ihr das uneingeschränkte Recht, sich zu koalieren, um sich gegen jede Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu schützen und den ihr gebührenden Anteil an den Gütern der Kultur erringen zu können.

Der Verbandstag ist sich darüber klar, dass die Gegner der Arbeiterschaft in ihrem Drängen auf Regierung und gesetzgebende Körperschaften, die bestehenden Gesetze zum Nachteil der Arbeiter zu verwickeln und neue Ausnahmengesetze gegen sie zu schaffen, nicht ruhen werden, bis sich diese ihrem Willen geneigt zeigen.

Das einzige Mittel, den Erfolg dieses arbeitserfindlichen Strebens zu hindern, ist, dass ihm der entschiedene und geschlossene Wille der gesamten organisierten Arbeiterschaft entgegengestellt wird.

Darum ist es die doppelte Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, den Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisationen zu fördern, damit diese zu einem starken, unüberwindlichen Bollwerk werden, an dem alle reaktionären Pläne der Feinde der aufstrebenden Arbeiterschaft scheitern.

Darauf sprach Scheffel über die Aufgaben des nächsten Gewerkschaftstages, und wurden 7 Delegierte gewählt. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Verächtigung. Im Bericht vom 1. Verhandlungstage muß es heißen: Scheffel schätzte, wie die Maschinisten und Heizer in großer Zahl vom 16. Dezember bis zum 8. Januar ausgesperrt waren, und daß auch die Ledermannschaft stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Ferner lagen die Hamburger Delegierten Wert darauf, daß festgestellt wird, daß die Hamburger nur zum Teil sparte Kritik geübt, daß aber doch die Ansicht sich durchgerungen habe, daß der Vorstand nicht anders handeln konnte.

Die Verwaltungsjelle auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde soll in eine Inspektorjelle umgewandelt werden. Statt des bisherigen Gehalts von 2500 bis 3000 Mark will der Magistrat ein solches von 3000 bis 3300 Mark auswerfen, um den Kosten auch geeigneten Bewerber aus dem Bureauassistentenstande erstrebenswert erscheinen zu lassen.

Städt. Leib (Soz.): Wir haben gegen die Vorlage gewisse Bedenken. Die neue vorgeschlagene Skala ist die der städtischen Wirtschaftsinpektoren; dagegen haben wir keine Einwendung. Anders steht es mit der Qualität der auszuwählenden Persönlichkeit. Man will auch den Stand der Bureauassistenten zur Verbesserung aufwerten und führt zur Begründung an, daß gewisse Bureauassistenten für diesen Posten notwendig sind. Wir können das nicht gelten lassen; die Tätigkeit dieser Beamten steht in erster Linie gärtnerische Vorbildung voraus. Das Befähigungslucatorium, ja auch der Magistrat selbst hat sich bisher auf diesen Standpunkt gestellt. Wir sollten deshalb ausdrücklich ausdrücken, daß es sich hier um einen Posten handelt, dessen Inhaber die Vorbildung eines Obergärtners haben muß. Dem Inspektor, der jetzt geschaffen werden soll, ist doch auch der neue Friedhof in Puch, den wir jetzt errichten, später zu unterstellen. Wenn Friedrichsfelde voll besetzt ist, tritt das jetzt vom Magistrat hervorgehobene Moment noch mehr zurück; diese völlige Besetzung wird aber sehr bald eingetreten sein. Wir beantragen deshalb ausdrücklich, nehmen wir die Vorlage heute schon an, so verlegen wir uns den Weg gänglich, die Stelle später mit einem Gärtner zu besetzen.

Städt. Leib (Soz.): Die gärtnerischen Rücksichten werden doch auch auf den städtischen Friedhöfen von unserem Gartendirektor Trodresen wahrgenommen. Ich möchte anheimstellen, die Vorlage ohne weiteres anzunehmen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.
Ohne Debatte wird der Vorlage für die anderweitige Festsetzung von Grabstellenpreisen für Plätze auf dem sogenannten Rinderberg in Friedrichsfelde die Zustimmung erteilt.

Die diesjährige Europäische Rudervereinsregatta findet im August zum erstenmal in Deutschland statt. Der Deutsche Ruderverband hat die Reichshauptstadt zum Regattaplatz gewählt. Zu den auf 26 000 M. veranschlagten Kosten der Durchführung der Veranstaltung will der Magistrat einen Zuschuß von 4000 M. gewähren.

Städt. Fischer (Soz.): Wir können der Vorlage nicht zustimmen und möchten die Versammlung ersuchen, sie gleichfalls abzulehnen. Die Tätigkeit des Deutschen Ruderverbandes mag ja Anerkennung verdienen, aber die Herrschaften, die da in Betracht kommen, können die 26 000 M., die sie für dieses Vergnügen brauchen, selbst bezahlen; am allerwenigsten sollte ihnen die Stadt Berlin mit den von den Steuerzahlern aufgebracht Geldern zu Hilfe eilen. Der Berliner Regatta-Verein, ein Mitglied des Deutschen Ruderverbandes, setzt sich ausschließlich aus erstklassigen Kreisen zusammen. In einer Denkschrift „Das Deutsche Stadion“ heißt es von dem Verbandsrat, er betrachte es als seine Aufgabe, den Rudersport durch Beschränkung auf bestimmte bestimmte Gesellschaftsklassen zu fördern (S. 10). Bei den Sozialdemokraten; es sei kein Sport für die Unbemittelten, denn er erfordere große Mittel. Ein besonderer, bis heute beibehaltener Amateuroparagraph schließt alle diejenigen, die von ihrer Hände Arbeit leben, von der Teilnahme aus. (Erneutes Hören! Hören! bei den Sozialdemokraten.) Was den Berliner Regatta-Verein betrifft, so kann jedes einzelne Mitglied sehr wohl selbst ohne irgendwelche Schmerzen die fraglichen 4000 M. aus Eigenem beisteuern. Der Verein verkehrt nur mit ausgesuchtem Publikum; Arbeiter und Leute aus Mittelhandkreisen werden nicht aufgenommen; Leute also, die von ihrer Hände Arbeit leben, die sich ehrlich ernähren müssen, können nicht Mitglieder werden. Sicherlich glaubt in dieser Versammlung niemand, daß Arbeit schändlich, daß arbeitende Menschen minderwertige Elemente sind; wir halten daher auch dafür, daß die Versammlung mit uns die Vorlage ablehnen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Städt. Nommensen (Kr. Fr.): Ich bitte, dem entgegen die Vorlage anzunehmen. (Rufe: Hal bei den Sozialdemokraten.) Der Begründung meines Standpunktes im einzelnen kann ich mich wohl enthalten.

Mit knapper Mehrheit werden die 4000 M. bewilligt.
Für das 1. Berliner Jugendbewachungsbatt, eine private Gründung, die sich die Unterbringung jugendlicher Personen unter 17 Jahren angelegen sein läßt, um sie vor dem Polizeigefängnis zu bewahren, ist eine städtische Beihilfe von 3000 M. beantragt. Die Unterhaltung des Heimes erfordert jährlich 16 000 bis 18 000 M.

Die Versammlung beschließt ohne Diskussion nach dem Magistratsantrag.
Auf dem Wasserwerk Tegel sollen die Filter der Brunnenanlage B erneuert und die Dampf-Ejektoren durch Vakuum-Pumpen ersetzt werden. Die Kosten sind mit 250 000 M. bereits im Etat für 1914 extraordiär ausgeworfen. Die Versammlung gibt ohne Debatte ihre Zustimmung.

Der spezielle Entwurf zum Neubau eines Diphtherie- und Beobachtungspavillons für das Krankenhaus am Urban nebst dem Kostenanschlag von 180 100 M. wird ohne Diskussion genehmigt.

Der Kommerzienrat G. L. hat 100 000 M. Preussische Staatsanleihe der Stadt Berlin zur Errichtung einer Stiftung für wohltätige Zwecke oder für Wohltätigkeitseinrichtungen zugewendet; ebenso ist der Stadt ein Vermächtnis von 50 000 M. aus dem Nachlaß der Frau Helena Rosenthal, geb. Wurchardt, die in Berlin im Februar d. J. gestorben ist, zugefallen. Aus diesem Vermächtnis sollen Unterstüßungen an bedürftige eheverlassene Frauen der Stadt Berlin oder solche, welche sich im Eheverlassungsprozeß befinden, ohne Berücksichtigung der Konfession gewährt werden.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung, und der Vorreber spricht den Spenden unter lebhaftem Beifall der Versammlung den Dank für ihre Unterstützung aus.
Schluß der öffentlichen Sitzung 6 1/2 Uhr.

Schulärzte auch für Fortbildungsschüler.

In fast allen Städten, selbst in vielen Dörfern findet heute in Deutschland eine ärztliche Heberwachung der Schulkinder statt; aber mit der Entlassung aus der Schule nach der Konfirmation hört diese Heberwachung meistens auf. Bei Erkrankungen erfahren wohl Anaben und Mädchen, die dann in eine gewerbliche Tätigkeit treten, von seiten der Krankenkasse, bei der sie versichert sind, auch ärztliche Behandlung, und dadurch ist so im Fall einer Erkrankung Vorsozorge getroffen. Aber daß diese Vorsozorge nur eine lächerliche ist, ergibt sich schon daraus, daß die Heilung einer ausgebrochenen und vollständig entwickelten Krankheit immer schwieriger und unsicherer ist, als die Verhütung und Vermeidung einer drohenden Krankheit. Eltern und Lehrherren sind aber selten imstande, die Bildung und Entfaltung einer Krankheit bei einem Schüler zu erkennen, um sie rechtzeitig zu verhüten. Deshalb sind in den meisten Schulen Schulärzte angestellt, damit sie den Gesundheitszustand der Schüler und Schülerinnen beobachten und bei einer drohenden Gefahr sofort die nötigen Gegenmaßnahmen ergreifen. Fortbildungsschüler sind aber wohl noch mehr der Gefahr von Erkrankungen ausgesetzt als Gemeindschüler. Da sie selbst Gefahren bei unvorsichtigem Arbeiten ausgesetzt sind. Aber bei Fortbildungsschülern sind Eltern und Lehrherren auch selten imstande, die Zeichen einer drohenden Erkrankung zu erkennen, um sie zu verhüten oder einen Bescheid im Beruf zu veranlassen. So schleppen sich die jungen Leute eine Woche nach der anderen mit dem Keim der Krankheit hin, in der Hoffnung, daß sich der Körper schon an

die neue Beschäftigung gewöhnen werde. Sie bemerken auch nicht, daß das Uebel, statt abzunehmen, allmählich größer wird, bis der Kassenarzt gerufen wird, der dann vor einem bereits ausgebrochenen (vielleicht Augen- oder Ohren-) Leiden steht. Er verordnet nur noch Linderungsmittel, ohne damit größeren Erfolg zu erzielen. Erst der Militärarzt erkennt und erklärt bei der Bestellung die Unmöglichkeit, das fortgeschrittene Leiden zu beseitigen und zugleich die Untauglichkeit für den Militärdienst. So erleidet vielleicht das letztere, so tief traurig ist für den Betroffenen dann die Versicherung, daß er keine Aussicht mehr hat, noch einmal ein gesunder kräftiger Mensch zu werden. Wäre sein Gesundheitszustand bei der Wahl seines Berufes und während seiner Tätigkeit in demselben von Anfang an als Lehrsache von einem Gewerbearzt überwacht und zeitweise beobachtet worden, so wäre er noch rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht worden, daß er für diesen Beruf nicht geeignet ist und er hätte durch Wahl eines anderen Berufes noch rechtzeitig größere Entwidlung der Krankheit vermeiden können.

Aus diesem Grunde haben einige Städte wie Arnstadt in Thüringen und Bremerhaven die ärztliche Heberwachung des Gesundheitszustandes der in den kaufmännischen und gewerblichen Fortbildungsschulen eingetretenen Lehrlinge beschlossen und seit 1. April 1913 mit bestem Erfolge durchgeführt. Auch in einigen anderen Städten haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten und auch Ärzte die Einführung schularztlicher Heberwachung der Fortbildungsschüler zur Verhütung von Misgriffen in der Wahl und Verfolgung des Berufes angeregt, aber ohne bisher bei den bürgerlichen Stadtverordneten genügend Anhang zu finden. Der Bremerhavener Stadt- und Schularzt Dr. Ewald sagt in seinem sechsjährigen Bericht u. a.: „Es leuchtet von vornherein ein, daß hier besonders viel Gutes geleistet werden kann, zumal auch Mittel zur Abhilfe bei Krankheitsfällen leichter vorhanden sind. Da die jungen Leute sämtlich in den Krankenkassen versichert sind, so kann bei Auffindung von Krankheiten ohne weiteres darauf hingewirkt werden, daß eine entsprechende Behandlung eingeleitet wird. Alle Jugendlichen über 16 Jahre sind außerdem gegen Invalidität versichert.“

In einem Erlaß haben nun auch die preussischen Minister für Handel, Gewerbe und des Innern die Anstellung von Schulärzten für gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschulen angeregt. Sie geben ebenfalls davon aus, daß für die ärztliche Heberwachung der Kinder in den Volksschulen in zahlreichen Gemeinden durch Bestellung von Schulärzten gesorgt sei; daß es aber an einer gleichzeitigen Fürsorge für die Besucher der Fortbildungsschulen so gut wie ganz fehle. Aber es sei dringend zu wünschen, daß die überwachende und fürsorgende Tätigkeit des Arztes, die das Kind bis zum 14. Lebensjahr begleitet hat, in den folgenden für die Entwidlung besonders bedeutsamen Jahren nicht aussetzt. Wenn der schulärztliche Tätigkeit in der Volksschule eine solche in der Fortbildungsschule folge, werde sie erst recht wirksam werden und Gebiete erfassen können, auf denen sie sich bisher wenig betätigen konnte. Besonders müsse bei den Berufsberatungen die Mitwirkung eines erfahrenen Schularztes dazu beitragen können, verfehlte Entschlüsse der jungen Leute und ihrer Eltern zu verhindern oder rückgängig zu machen, ehe ernste Nachteile entstanden sind. Der Schularzt, der durch häufigere Beratung mit Fortbildungsschülern und durch den Verkehr mit Leitern und Lehrern der Schulen die Lebensverhältnisse der jungen Leute genauer kennen lernt, werde weit auch am geeignetsten sein, im Rahmen des Lehrplanes oder gelegentlich Belehrungen der Schüler über Fragen der allgemeinen Gesundheitspflege und über besondere Berufsgefahren mitteilen zu können. Dabei möchten in allen Gemeinden, wo es nach den örtlichen Verhältnissen angebracht erscheint, die Bestellung von Schulärzten für gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschulen angeregt werden.

So wenig wir die schwarz-weiße oder schwarz-weiß-rote Jugendpflege durch die „Wanderbengel“, „Wahlfinder“ und „Jugendwehren“ zu fördern gedenken, kann es uns doch nur angenehm sein, wenn auch von Regierungsseite dieses Bedürfnis schulärztlicher Fürsorge für die Fortbildungsschulen anerkannt wird.

Jugendbewegung.

Eine sozialdemokratische „Herausforderung“.

In Altdaunensleben wandte sich die Arbeiterjugend mit einem Antrag an den Schulvorstand, ihr die Benutzung der der Gemeinde gehörenden Turnhalle und des Gemeindefeldplatzes zu gestatten. Die Antwort war ablehnend; ihr Wortlaut läßt aber so weitreichende Schlüsse als die Anschauungen ihrer Verfasser zu, daß sie hier wiedergegeben sei:

Auf Ihren hier am 16. d. M. eingegangenen Antrag auf Ueberlassung der Turnhalle und des Spielplatzes zur Mitbenutzung der Leser der „Arbeiter-Jugend“ hat der Schulvorstand in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, diesen Antrag abzulehnen, weil es bei der öffentlichen bekannten heftigen Haltung der „Arbeiter-Jugend“ als eine sozialdemokratische Herausforderung angesehen werden muß.

Der Vorstandsvorsitzer findet:
Wenn Arbeiter ihr Recht verlangen, dann ist das eine sozialdemokratische Herausforderung; aber die Pflichten haben sie selbstverständlich zu erfüllen. Noch ist keiner unserer Gegner auf die Idee verfallen, sozialdemokratische Steuergrößen zurückzuweisen oder Sozialdemokraten vom Militärdienst auszuscheiden. Die Antwort des Schulvorstandes ist empörend und aufreizend, ja sie ist eine Herausforderung der Arbeitererschaft, die darauf lernen muß, daß sie in ihrem Kampf gegen die herrschenden Kreise nicht nachlassen darf.

Ein nordböhmisches Jugendtag

fand an den Pfingstfeiertagen in Reichenberg statt. Ueber 1800 Jugendliche aus ganz Nordböhmen waren zu den künstlerischen und wissenschaftlichen Veranstaltungen erschienen und zur Festversammlung, in der der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Genosse Bernerstorfer sprach. Genossin Rosa Luxemburg, die sprechen sollte, war nicht gekommen, da sie infolge ihrer neuen Anklagen bei einer Auslandsreise die Verhaftung riskiert hätte.

Wetterprognose für Freitag, den 5. Juni 1914.

Abkl und veränderlich, vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und ziemlich frühen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag: Ein wenig wärmer, im Südwesten zeitweise heiler, aber noch veränderlich. In den anderen Gegenden vielfach wolkig, mit öfter wiederholten, doch meist geringen Regenfällen.

Dauerlands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit	
	3. 6.	2. 6.	3. 6.	2. 6.
Remel, Teltow	134	+4	134	-9
Tegel, Unterberg	-17	-3	0	0
Seigdel, Zborn	116	-4	116	0
Ober, Karibor	91	+2	91	0
Kroffen	83	0	83	+1
Kranfurt	95	-5	95	-1
Waltze, Schimm	-12	+3	12	-12
Ambsberg	10	-1	10	-9
Rege, Vordamm	14	-6	14	-7
Elbe, Zeitmery	-14	-16	14	-8
Dresden	-11	-9	11	-2
Barby	191	-7	191	-9
Wagdeburg	150	-4	150	-5

) + bedeutet Hoch, - Fall. -) Unterpegel.

Stadtverordnetenversammlung.

18. Sitzung vom Donnerstag, den 4. Juni 1914, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer-Stellvertreter Cossel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Ausruf für den am 22. Mai verstorbenen unbedeutenden Stadtrat Jacoby. Die Versammlung hört die Worte des Vorsitzers lebend an.

Eine große Zahl von Urlovsangelegen wird zur Kenntnis gebracht.

Städt. Stapf (K. L.) berichtet über die Ausbaurhandlungen, welche über den Ankauf eines Grundstückes zur Erweiterung der Blumenhalle in der Parkhalle II gepflogen worden sind. Der Ausschuss hat zwei Sitzungen abgehalten. Es sind Bedenken gegen die Vergrößerung der schon zu großen Blumenhalle überhaupt geäußert worden; jedenfalls solle neues Terrain nur erworben werden, wenn es zu angemessenen Preisen zu haben wäre. Ueber diesen Punkt ist anfänglich auch keine Einigung erzielt worden; man hat sich dann dahin verständigt, mit dem Verkäufer, der Firma Heinrich Jordan, direkt zu verhandeln. Das Ergebnis ist gewesen, daß dieser den Preis um 100 000 M. ermäßigen will. Daraufhin hat der Ausschuss die Vorlage einstimmig genehmigt; der Preis stellt sich jetzt auf etwa 95 M. pro Quadratmeter, der Gesamtpreis auf circa 1,5 Millionen Mark.

Ohne Diskussion wird die Vorlage nach diesem Antrage angenommen.

Aus der Frauenbewegung.

„Vorwärts“ Nr. 150. — Freitag, den 5. Juni 1914.

Die Lage der Arbeiterinnen in Japan.

Von Sen Katayama.

Räpft der Baumwollindustrie ist in Japan die Fabrikation von Seide der wichtigste Industriezweig. Die größte Verbreitung hat die Seidenfabrikation in der Provinz Shinsin, einem Bergland nördlich von Tokio, im übrigen ist sie aber über das ganze Land verstreut. In der Hauptsache sind in der Seidenindustrie junge Mädchen und Frauen beschäftigt. Ueber die Lage dieser Arbeiterinnen veröffentlichte kürzlich ein junger Mediziner in der Tageszeitung „Asahi“ eine Reihe von Artikeln, denen das Folgende entnommen sei:

In der Provinz Shinsin werden über 80 000 Mädchen in der Seidenfabrikation beschäftigt. Davon sind etwa 65 000 aus der Provinz, der Rest aus den Nachbargebieten. Diese Arbeiterinnen beginnen ihr Tagewerk bereits um 6 Uhr morgens und beenden es nicht vor 7 Uhr abends, in der Regel erst später. Eine Sonntagsruhe ist unbekannt, nur zwei Feiertage im Monat, am 1. und 15. des Monats, werden ihnen gewährt. Die ganze lange Arbeitszeit, vielfach 15 Stunden pro Tag, wird kaum unterbrochen zur Einnahme der Mahlzeiten. In fünf bis acht Minuten müssen die Mädchen das Essen stehend hinuntergeschlungen haben. Das Essen wird vom Fabrikanten geliefert, auch die Schlafstätten.

Der Lohn ist äußerst niedrig, die besten Arbeiterinnen bringen es im Jahre bei 340 bis 345 Arbeitstagen und 13—15stündiger täglicher Arbeitszeit auf etwa 100 Yen (211 M.). Ein raffiniertes Strafsystem sorgt dafür, daß ein erheblicher Teil des Lohnes wieder in die Taschen der Fabrikanten zurückfließt. Die Mädchen werden gezwungen, alltäglich ein gewisses Quantum Arbeit zu leisten. Können sie das in der gegebenen Zeit nicht fertig stellen, dann müssen sie länger arbeiten. Die Kinder ausbeutung steht in diesen Betrieben in höchster Blüte. Kinder von 12 und 13 Jahren werden dazu verwendet, den älteren Arbeiterinnen zu helfen; auch für diese Kinder dauert die Arbeitszeit mitunter 12—15 Stunden. In den engen, kaum 6 Fuß langen und ebenso breiten Schlafstätten liegen je 4 Mädchen nebeneinander, und zwar an ebener Erde. Kein Wunder, daß, wie der Berichterstatter, 10 Proz. dieser Bedauernswerten die Schwindelkrankheit erleiden. Wird ein Mädchen ernstlich krank, dann wird es vom Unternehmer einfach nach Hause geschickt, von wo es häufig nicht mehr wiederkehrt. Die Gesundheit ist gebrochen, in den meisten Fällen gehen diese bedauernswerten Opfer einer grenzenlosen Ausbeutung frühem Tod entgegen. Der Fabrikant ist ihrer aber ledig, ihr Geschick kümmert ihn nicht.

Die Zustände in den Baumwollspinnereien sind nicht besser. Hier sind größere Betriebe die Regel. In der Seidenindustrie beschäftigt ein Unternehmer selten 1000 Personen, in den Baumwollspinnereien arbeiten oft mehrere Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen zusammen. In den meisten der Baumwollspinnereien wird Tag und Nacht in zwei Schichten von je 12 Stunden gearbeitet. Hier herrscht die Maschinenarbeit vor. Auch hier werden die Mädchen fast ausnahmslos in den Schlafstätten der Fabrik beherbergt, auch erhalten sie vom Unternehmer das Essen. Die Kontrakte laufen in der Regel auf 3 Jahre, der Lohn beträgt 14 bis 20 Yen (28 bis 40 Pf.) pro Tag.

Um an einem Beispiel zu zeigen, wie brutal die Arbeiterinnen behandelt werden, sei folgendes mitgeteilt: In der Tabakfabrik von Ohiama war kürzlich eine Waise, die einiges Geld enthielt, verloren worden. 500 Mädchen wurden einem peinlichen Verhör unterzogen und mußten sich eine demütigende Leibkassation gefallen lassen. Am Abend beim Verlassen der Arbeitsstätte wurde diese Kontrolle wiederholt.

Die Ausbeutung der Arbeiterinnen wird in Japan durch keinerlei gesetzliche Maßnahmen beschränkt. Vor einigen Jahren wurde im Parlament ein Fabrikgesetz zwar angenommen, aber durchgeführt ist es heute noch nicht, es fehlt ihm der Charakter des zwingenden Rechts. Selbst wenn es aber sofort in Kraft träte, würde die Nachtarbeit für Frauen doch für die nächsten 15 Jahre noch nicht aufhören, da eine so lange Uebergangsfrist vorgeesehen ist.

Frauenarbeit, Heim und Kinderglück.

Müssen nicht Heim und Kinder vernachlässigt werden, wenn die Mutter gezwungen ist, einen Beruf auszuüben? Wie reden hier nicht von den Frauen, die in der Lage sind, ihre Arbeit auf wenige Stunden am Tage zu beschränken, sondern von der Fabrikarbeiterin, die den kaufmännischen Angestellten, kurz, von allen denen, die den ganzen Tag über unermüdet arbeiten müssen; die, wenn sie nach Hause kommen, keinen Augenblick Ruhe, geschweige denn Zeit für die seelischen Bedürfnisse ihrer Kinder haben, sondern gleich wieder an die Arbeit müssen, um die materiellen Bedürfnisse der Familie zu befriedigen. Zu diesen Betrachtungen regt uns ein Disziplinarartikel der Wiener „Arbeiterinnen-Zeitung“ an, in dem Hedwig Braun die Frage aufwirft, ob Beruf und Kindererziehung vereinbar werden kann, und zu dem Schluss kommt, daß „unser letztes Ziel doch immer sein muß, der Familie und den Kindern die Frau und Mutter wiederzugeben“, obwohl auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen manches anders gestaltet und viel zum Glück der Kinder beigetragen werden könne.

Aber wie gehen weiter: den Kindern muß nicht nur die Mutter, der Familie nicht die Frau wiedergegeben werden, sondern wir müssen eine Möglichkeit finden, daß Mann und Frau nicht vollständig von der Erwerbsarbeit abstrahiert werden, daß sie wieder Zeit haben, sich in ihrem Heim wohl zu fühlen und ihren Kindern Elternliebe und Glück geben können. Das Kind bedarf nicht nur der Mutter, es braucht den Vater genau so, und Kind und Mann und Frau brauchen ein Heim. Aber wohl verstanden, ein wirkliches Heim, nicht einen unordentlichen Winkel in einem dumpfen Hause, nicht einen Raum, in dem gleichzeitig gekocht, gewaschen und gearbeitet wird und der vielschicht in der Nacht auch als Schlafkammer dient. Die Familie braucht ein helles, sauberes Heim, sie braucht Ruhe zur Erholung von der Arbeit, sie braucht Zeit für die Kinder, und wenn wir das durchsehen wollen, dann müssen wir Frauen- und Männerarbeit, Wirtschaftspolitik, Boden- und Wohnungspolitik von Grund auf umgestalten und sogar die „Hausfrauenarbeit“ reformieren.

Das läßt sich gewiß nicht in kurzer Zeit erreichen, aber wir müssen uns vorstellen, wohin wir gelangen wollen, wenn wir mit der Arbeit beginnen. Und wir müssen damit rechnen, daß die schwerste Aufgabe die sein wird, mit allen Gewohnheiten und Vorurteilen bei uns selbst anzuräumen. Denn soviel ist sicher; die Erwerbsarbeit der Ehefrauen nimmt nicht ab, sondern greift weiter um sich. Sie ist aber auch nicht unter allen Umständen zu vermeiden, sobald die Kinder die mütterliche Nahrung nicht mehr benötigen, wenn nur die anderen Vorbedingungen erfüllt sind.

Aber da hapert es. In diesen Vorbedingungen gehört, daß ihre Arbeitszeit nur so lang ist, daß die Mutter wirklich noch Zeit besitzt, ihren Kindern etwas zu sein, und sie möchte die Gewißheit haben, daß während sie arbeitet, ihre Kinder auf das Beste gepflegt werden.

Weiter muß der voll erwerbstätigen Frau zum mindesten ein Teil der Hausfrauenarbeit abgenommen werden. Die Wirtschaftsführung, die Vereinerung der Mahlzeit, belastet sie über Gebühr — und das werden manche unserer Frauen und Männer heute noch nicht zugeben wollen — sie ist nicht rationell. Es ist ganz unmöglich, daß eine Frau, die tagsüber in der Fabrik oder wo sonst immer arbeitet, ihrer Familie eine gutgekochte Mittags- oder Abendmahlzeit vorsetzen kann. Die Kinder zumal erhalten schwer verdauliche Speisen, die für ihren Körper nicht zuträglich sind. Aber auch die Erwachsenen könnten ohne Aufwendung größerer Mittel besseres haben, wenn sie mit der durch Jahrtausende geheiligten Gewohnheit brächen, daß das Essen jeder Familie in besonderen Kochtöpfen, auf besonderen Herden zubereitet werden muß, und daß für die unzähligen Familien ungelernete Kräfte jedesmal dieselben Handreichungen tun, von denen ein gut Teil erspart werden, und die anderen von eigens dafür angestellten Frauen rascher und besser erledigt werden könnten.

Man wird einwenden: Sollen denn die Familien im Gasthaus essen? Das ist viel zu teuer und auch nicht besser. Nein, das sollen sie nicht, aber sie sollen sich zu Genossenschaften zusammenschließen, die Häuser mit einer großen Küche statt mit vielen kleinen bauen. Sie sollen eine tüchtige und erfahrene Kraft anstellen, die für sie alle die Mahlzeit zubereitet, und sie werden sehen, daß sie dann besser gekocht ist, da die hierfür angestellte Frau alle Sorgfalt verwenden kann, und daß es nicht so teuer ist wie im Gasthof, da ja kein Profit damit erzielt werden soll. Die Wohnungen in diesen Häusern müßten einfach und praktisch ausgestattet sein, daß die Familie die Zimmer in Ordnung bringen kann, ehe sie das Haus verläßt. Da die Küchen wegfallen, wird die Arbeit sehr verringert, denn durch die Küche wird die meiste Unreinlichkeit in die Wohnung getragen. Kommen Mann und Frau von der Arbeit zurück, so ist alles sauber.

Aber wer sorgt für die Kinder? In gut verwalteten Gemeinden sollten allerdings Mittel zur Verfügung stehen, um öffentliche Kinderkorte und Kindergärten in genügender Anzahl zu errichten, wo die Kleinen bis zum Nachmittag bleiben und gegen Erstattung der Unkosten gespeist werden könnten. Selbstverständlich müßte Schulpflege für die größeren Kinder eingeführt werden; sie ließe sich mit einem Koch- und Haushaltungsunterricht in den Volksschulen sehr gut verbinden. Wo aber die Kommunen nicht so weit vorgeschritten sind und doch eine Genossenschaft den Versuch mit Einfamilienhäusern unternehmen wollte, könnte das Problem auch auf eine andere Weise gelöst werden. Ein Garten und einige lustige große Räume müßten für die Kinder eines ganzen Häuserblocks eingerichtet werden. Dort könnten die Erzieherin unter der Aufsicht einer Kindergärtnerin spielen und mit leichten Arbeiten beschäftigt, die Kleinen von einer Pflegerin gewartet werden. Vielleicht würde die Kommune einen Zuschuß bewilligen, denn ihr werden manche Kosten erspart. Will sie das nicht, so muß es schließlich von den Familien selbst aufgebracht werden, die ja auch sonst kleine Beträge für die Wartung der Kinder zu zahlen haben.

Auf diese Weise wären die Kinder den ganzen Tag über gut versorgt, sie bräuchten nicht auf der Straße zu spielen, wären nicht den tausend Gefahren der Großstadt ausgesetzt und erhielten freundliche und heitere Eindrücke. Wenn dann die Eltern nach Hause kommen und ihre in der Zentralküche bereitete Mahlzeit eingenommen haben, können sie sich mit ihren Kindern zusammen freuen. Sie lassen sich von den Spielen der Kleinen berichten, lesen vielleicht mit den Erzieherinnen und sie brauchen nicht immer mit dem ärgerlichen: „Daß ich habe keine Zeit“ abzumwehren.

Gewiß, die Ausführung eines solchen Projektes hat noch viele, viele Schwierigkeiten zu überwinden, aber wir müssen daran gehen, die Hindernisse aus dem Weg zu räumen und die Vorzüge und Nachteile einer solchen Wohnungsgemeinschaft läßt gegeneinander abwägen. Utopien sind es keineswegs. In anderen Ländern sind bereits Versuche gemacht worden, und jetzt baut man in New York ein großes Einfamilienhaus für besser entlohnte Schichten. Was aber anderwärts möglich ist, muß auch hier möglich gemacht werden können, wenn auch zunächst in bescheidenem Umfang. Nur muß einmal etwas gewagt werden, und vor allen Dingen müssen die Familien vorhanden sein, die um ihrer Kinder und ihrer Frauen willen mit dem alten Vorurteil aufräumen, als könne das „Heim“ darunter leiden, wenn die Küche aus ihm verschwände. T. B.

Die Säuglingshygiene im Museum.

Ein Museum, das in dieser Art ohne Zweifel eine gewisse Bedeutung im Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit darstellt, ist am Mittwoch in Charlottenburg eröffnet worden. Es ist das Museum für Säuglingshygiene, das im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Palast zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiches aus Anlaß seines fünfjährigen Bestehens geschaffen wurde.

Es gibt kein Gebiet aus der Säuglingskunde, das in diesem Museum nicht vertreten wäre, und zwar ist das ganze Material übersichtlich in 10 Abteilungen geordnet. Es beginnt mit statistischen Angaben über Säuglingssterblichkeit, veranschaulicht die Ursachen der Säuglingssterblichkeit und die Maßnahmen zu ihrer Vermeidung, weiter Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Entwicklung des Säuglings, Körperbau und -leben, Gesundheitslehre wie Nahrungsmittelkontrolle, Alkohol, Infektion, Desinfektion. Ferner gibt das Museum einen Überblick über die Hygiene des Säuglings und seine Ernährung, über die Milchversorgung und die Art und Technik der künstlichen Ernährung, die Krankheiten der Neugeborenen, und schließlich ist auch die Kunst nicht unbeachtet geblieben und wir finden aus der ganzen Geschichte der Kunst vom Altertum über das Mittelalter hindurch bis in unsere Zeit Werke, die auf Mutter und Kind Bezug haben.

Den Müttern, die das Museum besuchen werden, wird es in reichem Maße Aufklärung und Belehrung bringen. All die vielen Mittelchen, die heute zur Pflege des Säuglings verbreitet sind, aber von der Wissenschaft verurteilt werden, sind dort aufgestellt und zum Zeichen der Verurteilung rot durchstrichen worden, während andererseits auch all das vorgeführt ist, das die Wissenschaft zur Pflege und Ernährung des Säuglings empfiehlt. Manches schöne Gegenstände sind allerdings für die Mütter aus dem Volke wegen der großen Kosten unerschaffbar, aber auch manche Einrichtungen sind da zu sehen, die praktisch für die proletarischen Frauen in Betracht kommen, aber doch leider nicht oder nur wenig bekannt sind, so die billige, völlig wasserdichte Holzwanne, die im Gegenlage zu den allgemein benutzten Matrassen von größtem hygienischem Werte ist. Weiter finden hier die noch überall gebräuchlichen Sieblisten wegen ihrer Ueberhygiene ihre Verurteilung und es wird Besseres an ihre Stelle gesetzt, wie auch die Vorschriften über Säuglingspflege, die von den Nährpräparat-Fabriken herausgegeben werden und nach denen sich ein großer Teil des Volkes richtet, verdammt werden. Auch wird der große Unterschied zwischen Frauenmilch und Kuhmilch veranschaulicht, der überzeugend an die schönsten Mutterspässe mahnt, und auch die unheilvollen Folgen sind dargestellt, die die Geschlechtskrankheiten mit sich bringen und die in bereicher Sprache an die große Verantwortlichkeit des einzelnen hinsichtlich einer gesunden Lebenshaltung mahnen.

Aber das Museum bietet nicht nur ein reichliches Material den Müttern, Hebammen, Pflegerinnen und dergleichen, es bietet uns auch als Verehrern des sozialen Gedankens und der Volksgesundheit einen anregenden Stoff. Da sind Fabrikrippen im Lichtbilde dargestellt, wie sie leider noch wenig verbreitet sind, da sind Landkarten, die uns veranschaulichen, wie gering auch die kommunale Säuglingsfürsorge noch im Deutschen Reich verbreitet ist. Verhältnismäßig gut ist's noch diesen Karten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und im Königreich Sachsen bestellt, ganz jämmerlich mit dem ganzen Osten. Wir sehen weiter, bildlich dargestellt, wie gewaltig der Einfluß der Wohnungsverhältnisse auf die Säuglingssterblichkeit ist und wie traurig es noch mit den Spielplatzverhältnissen in unseren Städten bestellt ist.

Man muß sagen, daß die Ansicht, die der Gründung des Museums zugrunde lag: das Ergebnis wissenschaftlicher Forschung weiten Kreisen der Bevölkerung zugänglich zu machen und damit die Wissenschaft in die Praxis anzulegen, in diesem Museum in reichem Maße erreicht wird und daß, wenn die sozialen Ursachen der großen Not auch durch das Museum nicht beseitigt werden, doch die Aufklärung, die es über die Säuglingspflege bringt, ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Andererseits zeigt das reiche Material auch deutlich, wo der Hebel vor allem anzulegen ist, daß die sozialen Verhältnisse vor allem eine durchgreifende Umgestaltung erfahren müssen.

Wenn man sich ihre Erfolge vergegenwärtigt, dann kann man nur wünschen, daß allerorts zur Gründung solcher Museen geschritten wird. Die Kosten des Museums in Charlottenburg betragen 30 000 M. (Dreißigtausend). Das ist eine Summe, die den großen Nutzen voll aufwiegt. Dr. H.

Der Wert des Frauenwahlrechts.

In den Wählerberatungen und Wahlkursen pflegen die Kandidaten ihr Programm zu entwickeln und ihre Stellung zu den in Aussicht stehenden Gesetzentwürfen zu präzisieren: ob sie die Forderungen dieser oder jener Kategorien von Staatsbürgern für berechtigt halten und sie vertreten wollen oder nicht. Von einem Eingehen auf Frauenwünsche hat man außerhalb der sozialdemokratischen Partei bisher nicht viel gehört. Staatsbürger sind nur die Männer. Sobald aber die Frauen das politische Wahlrecht erhalten haben, ändert sich das Bild. Dann werden sie umworben und umschmeichelt, man fragt sie nach ihren Wünschen und verspricht, ihre Interessen zu berücksichtigen und zwar beteiligen sich an diesem Wettrennen um die Gunst der Frauen auch die Angehörigen jener Parteien, die bis dahin Gegner des Frauenwahlrechts waren.

So ist es auch jetzt in Kansas in Amerika. Zwei Demokraten bewerben sich dort um die Stimmen der Witwen von Soldaten, und zwar versprechen sie ihnen brieflich, dafür sorgen zu wollen, daß ihre Pensionen erhöht werden. Die Frauen hätten wahrscheinlich schon früher höhere Bezüge gebrauchen können, aber damals kümmerte sich niemand um ihre Lage. Erst in dem Augenblick, wo sie Wählerinnen wurden, begann man, sich für sie zu interessieren. Ein Beweis dafür, daß das Wahlrecht für die Frauen einen großen Gewinn bedeutet, und es Unfug ist, wenn man sie warnt, daß die Männer gegen politisch gleichberechtigte Frauen weniger aufmerksam und ritterlich sein würden.

Die Frau im Beruf.

Staatsingenieurinnen. Das russische Ministerium für Wege und Kommunikation veröffentlichte vor kurzem einen Erlass, der den Bewaltungen des Moskauer Eisenbahnbezirks die Anstellung weiblicher Ingenieure für leichtere Posten gestattet, doch soll die für Frauen im staatlichen Verkehrsbetrieb vorgeschriebene Prozentzahl nicht überschritten werden. Es scheint also an männlichen Arbeitskräften für diese Stellen zu mangeln, denn aus reinem Interesse für die Gleichberechtigung der Frau im Erwerbsleben ist der Erlass sicher nicht hervorgegangen. Vermutlich sind auch nicht allzu große Vorkenntnisse notwendig, denn bisher hat man nichts davon gehört, daß Rußland eine größere Zahl geschulter Ingenieurinnen besäße.

Erziehungsfragen.

Du und Dein Kind. Heft 1: Das fragende Kind. Herausgeber Otto Kühle. Verlag: Kölniger Volkszeitung. Preis 15 Pf.

Da mehr wir uns auf allen Gebieten der Kultur auf eigene Füße stellen, um so fester untermauern wir den Bau der sozialistischen Zukunft. Daher sind alle Arbeiten, die auf theoretische und praktische Grundlegung einer sozialistischen Erziehung abzielen, ein wichtiges Glied der proletarischen Gesamtbewegung. Genosse Kühle, der Verfasser der Monographie „Das proletarische Kind“, legt jetzt eine Reihe seiner billiger Schriften zum Preise von 15 Pf. vor, die wie es in der Anknüpfung heißt, „proletarische Eltern auf gemeinverständliche Weise in die wichtigsten Fragen der sozialistischen Kindererziehung einführen und mit den Elementen des Jugendbuches vertraut machen sollen“. Es soll damit der Anfang einer pädagogischen Bibliothek für Arbeiterfamilien gemacht werden. Das uns vorliegende, entsprechend ausgestattete Heftchen behandelt „Das fragende Kind“. Weitere Hefte sollen das erwerbstätige, das eigenständige, das lügendhafte, das aufschüchtlige, das spielende Kind behandeln.

Gewiß mag das Büchlein für manche proletarische Eltern als Anregung von Nutzen sein. Aber selbst wenn wir berücksichtigen, daß die Pädagogik für unsere Bewegung noch im großen und ganzen Neuland ist, sehen wir uns doch zu einigen kritischen Bemerkungen veranlaßt. Schon die Anordnung der Beiträge erscheint uns nicht glücklich. Der theoretische Aufsatz über „Die Kinderfrage“ hätte besser das Heft nicht eröffnen. Erst wenn durch allgemeine Erwägungen, wie sie auf S. 19 gegeben sind, die hohe praktische Bedeutung der Kinderfrage klar geworden ist, wird sich auch gern über den Zeitpunkt des Auftretens und über die Arten der kindlichen Frage belehren lassen. Sehr viel läßt der Aufsatz von Emma Freundlich: „Fragende Kinder“ zu wünschen übrig, namentlich in den ersten Abschnitten. Es heißt doch wohl allzu wenig tief in die Bedingungen proletarischer Familienlebens einbringen, wenn gesagt wird, daß mangelnde Verständnis zwischen Eltern und Kindern „resultiert“ aus der gegenseitigen Verschwiegenheit, und diese wieder werde „durch das Schweigeverbot geboren“. Endlich sind die Gespräche unter der Überschrift „Der wüßbegierige Knabe“ weder ästhetisch ansprechend, noch für den Zweck der Schrift passend. Daß der kleine Bengel durch seine vorurteillosen Fragen den Vater, einen reichen Fabrikbesitzer, in die Enge treibt, wobei sich die Ungerechtigkeit und Widersinnigkeit des kapitalistischen Klassenkampfes enthüllt, mag agitatorisch wirksam sein; keineswegs aber ist der fälschlich zurechtgemachte, ganz unwirksame Dialog geeignet, das Wesen der Kinderfrage und die Methode ihrer Behandlung zu erläutern, und darauf kann es hier doch an.

Da uns das Unternehmen Kühles seiner Absicht noch wertvoll, ja notwendig erscheint, so würden wir uns freuen, wenn wir über die nächsten Hefte günstiger urteilen können. July 1914.

Bevölkerungsentwicklung in Groß-Berlin.

In Groß-Berlin hat die Bevölkerungszunahme in der letzten Zeit eine sehr merkwürdige Verlangsamung gehabt.

Die Groß-Berliner gilt dabei ein Gebiet, das vom Berliner Rathaus sich auf etwa 15 Kilometer im Umkreis erstreckt.

Diese Verlangsamung ist im wesentlichen aus der ungünstigen Wirtschaftslage zu erklären.

Für die einzelnen Teile von Groß-Berlin sind die Ergebnisse verschieden. Das Berlin für sich in 1913 sogar einen Rückgang der Bevölkerungszahl gehabt hat.

Eine Einzelbetrachtung, die wenigstens die großen Gemeinden berücksichtigt, dürfte nicht ohne Interesse sein.

Berlin gewann in 1911 und 1912 noch 12 138 und 10 985, in 1913 aber verlor es 15 874, und am 1. Januar 1914 hatte es kaum 2 079 156 Einwohner.

Scharf war die Zunahmeverlangsamung auch in Charlottenburg, ähnlich scharf in den meisten der anderen Gemeinden des engeren Bezirksringes um Berlin.

Table with 3 columns: Ort, 1911, 1912, 1913. Lists various districts like Charlottenburg, Wilmersdorf, etc.

(Bei Lichtenberg ist für alle drei Jahre das inzwischen dort eingemeindete Kummelsdorf mitgerechnet.)

Unter den nahe gelegenen Vororten sind als Abweichung von der Regel zu nennen die gesteigerte Zunahme:

Table with 3 columns: Ort, 1911, 1912, 1913. Lists Spandau, Tegel, etc.

(Spandau hat den Bevölkerungszuwachs des letzten Jahres hauptsächlich der Verstärkung des Garnisonbestandes um ziemlich 2000 Mann zu danken.)

Aus den übrigen Vororten seien hier nur noch einige genannt, deren Bevölkerungsentwicklung in 1913 eine Verlangsamung oder gar einen Rückgang hatte.

Table with 3 columns: Ort, 1911, 1912, 1913. Lists Friedenau, Steglitz, Mariendorf, etc.

Friedenau ist ziemlich voll bebaut, so daß schon deshalb die Bevölkerungszunahme hier nachlassen muß.

Das Gesamtbild wird auch durch die Ausnahmen wenig geändert. Die Verlangsamung der Bevölkerungszunahme in Groß-Berlin war in 1913 eine mehr oder minder allgemeine Erscheinung.

Parteiangelegenheiten.

Die Kreisgeneralversammlung

des Zentral-Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg findet am Sonntag, den 7. Juni, vormittags 9 Uhr, in den „Arminkallen“ (großer Saal), Berlin, Kommandantenstr. 58/59, statt.

Tagesordnung:

- 1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Neuwahl des gesamten Vorstandes.
3. Aufstellung eines Kandidaten zum internationalen Kongress in Wien.
4. Anträge.

Zutritt haben nur die gewählten Delegierten und diejenigen Mitglieder, die sich durch ihr Mitgliedsbuch ausweisen können.

Der Kreisvorstand.

Jugendabteilung 2. Kreis. Am Sonntag, den 7. Juni, findet eine Babepartie nach dem Krossensee statt.

Karlshorst. Sonntag, den 7. Juni, Familienausflug nach Rahtsdorf-Süd „Zum Heidekrug“.

Berliner Nachrichten.

Rennen.

Mit dem Frühling blüht und gedeiht nicht nur alles in der Natur, sondern es beginnt auch eine neue Blütezeit für die Dummheit der Menschen.

Alle Monate ein paarmal ist mein schöner Waldjagd gegenüber der Rennbahn von Karlshorst mit Menschen dicht besetzt, die mit gierigen Blicken hinüberschauen nach den grünen Rasenflächen der Karlshorster Bahn.

Doch ich will nicht erzählen von dem Rennen der Pferde, sondern von anderen Rennen. Der Staat hat gewissermaßen die Ausnützung der Dummheit und Bettelidioten monopolisiert.

Aber auch außerhalb der Bahn wurden solche Rennen abgehalten. Die Buchmacher, die sonst in Karlshorst in den Wirtschaften gegenüber der Rennbahn ihr Domizil aufgeschlagen hätten, sind obdachlos geworden.

Das sind die Menschenrennen auf der Wuhlsheide. Sie sind ein ergötzliches Schauspiel: Spitzbube Staat veranstaltet durch seine Angestellten Jagden auf Privatpigguben.

Die Stadtverordneten

hatten sich gestern in nur geringer Zahl versammelt. Weil's noch in der Pfingstwoche war, zeigte die freimütige Mehrheit so arge Lücken, daß sie kaum noch Mehrheit blieb.

Der diesjährige Pfingstverkehr hat auf den Berliner Fernbahnhöfen gegen das Vorjahr um 26 Proz. zugenommen.

Es wurden insgesamt 297 850 Fahrkarten verkauft, gegen 290 253 im Vorjahr. Nach der soeben abgeschlossenen amtlichen Zusammenstellung legte der Pfingstverkehr bereits am Mittwoch, den 27. Mai, ein.

Familientragödie in der Bozener Straße.

Traurige Folgen der Bettelidioten.

Im Hause Bozener Str. 11 in Schöneberg hat sich am gestrigen Donnerstag in früher Morgenstunde eine Familientragödie abgespielt, die mit dem Tode des Urhebers endete.

Der Schutzverband für Schwerhörige.

Unter diesem Namen hat sich ein Verein aufgelöst, welcher die Wahrung der Interessen der Schwerhörigen sich zur Aufgabe gestellt hat.

Das Eintrittsgeld ist auf 2 M. bemessen, reichlich kost, wenn man berücksichtigt, daß im berufsmäßigen Leben der Durchschnitt der Schwerhörigen in der Entlohnung schlechter gestellt ist.

Ueber die Wahl des Verbandsvorstandes heißt es im § 6 der Satzungen:

Die Wahl des Vorstandes erfolgt auf dem alljährlich stattfindenden Verbandstag, zu dem drei Monate vorher durch die Verbandszeitschrift Bekanntmachung zu erfolgen ist.

Eine Wiederwahl des Vorstandes durch bloßen Zufall ist immer etwas Mißliches. Die Vorschläge zur Wahl des Vorstandes müssen aus den Reihen der Mitglieder gemacht werden.

Was nun gar die Beschaffung besonders günstiger Plätze bei Gottesdiensten (§ 2 der Satzungen) mit der Herbeiführung einer sozialen Fürsorge für Schwerhörige zu tun hat, ist ganz und gar unverständlich.

Beranlaßt durch den Erlaß des Kultusministers vom 18. Januar 1911 wurden an vielen Schulen Jugendklubs für die talentvollsten Schüler bezw. Schülerinnen gegründet.

Nach der Schilderung des Verlaufs eines Winterfestes des Klubs heißt es dann am Schluß des Artikels:

Haben wir bei diesen Festen schon eine große Anzahl Freunde und Förderer unserer Klubs als Gäste bei uns gesehen, so hoffen wir, daß uns das nächste Fest deren noch viel mehr zuzuführt, auch aus den Reihen des Schutzverbandes der Schwerhörigen.

Die Zeitschrift des Verbandes gibt sich dazu her, die Werbetrümmer zur Gründung von Jugendklubs für Schwerhörige zu räumen, die auf dem Niveau des Jungdeutscherbundes und des Wandervogels stehen.

Blutmangel im Krankenhaus.

Ueber einen krassen Fall berichtet aus seiner eigenen Praxis der praktische Arzt Dr. F. In seiner Vormittagsprechstunde erschien mit inkomplettem Abortus ein Dienstmädchen, das er wegen seines schwachen Zustandes — es hatte 38,5 Fieber — unverzüglich einer öffentlichen Klinik überwies.

Herzschwäche. Als Dr. F. diesen traurigen Ausgang erfuhr, wandte er sich an die Klinik, der er das Dienstmädchen überwiesen hatte, und erhielt dort folgenden Bericht: Bei dem absoluten Mangel an Blut sei es unmöglich gewesen, die Kranke aufzunehmen. Es sei zwar dem Portier aufgegeben, für Unterkunft bei Lebensgefahr zu sorgen, aber die städtischen Krankenhäuser versagen häufig wegen Platzmangel. Am gleichen Tage seien noch sieben andere Frauen in gleichem Zustande wie die Patientin eingeliefert worden, die fieberfrei würden nach vorgemerkter Operation sofort nach Hause geschickt. Das Verbandsorgan der ärztlichen Standesvereine nennt diese Zustände „tie betrübend“. Eine derartig Kranke dürfe unter keinen Umständen abgewiesen werden.

Es würde sehr nützlich sein, wenn die Namen der Krankenhäuser genannt würden.

Zahnerzahn und Landesversicherung.

Schon kürzlich berichteten wir, daß Anträge, welche bei der Landesversicherungsanstalt Berlin auf Gewährung von Zahnerzahn gestellt werden, lange Zeit bis zur Erledigung gebrauchen. Jetzt wird wieder bekannt, daß einem Arbeiter, dessen künstliches Gebiß vollständig unbrauchbar wurde, die Mittelung zuzugestehen, er möchte seinen Antrag auf Reparatur des Gebisses nach vier Monaten wiederholen. Man sollte doch annehmen, daß sich die Landesversicherung, nachdem wiederholt diese langsame Abfertigung gerügt wurde, bemühen müßte, so schnell wie möglich Abhilfe zu schaffen. Aber es bleibt alles beim Alten.

Das Kartenlegen und seine Folgen.

Mittwoch abend sprangen zwei Mädchen von der Schillingstraße in die Spree. Es gelang, eines der Mädchen zu retten, das andere, die 10jährige Arbeiterin Elise Schmidt aus der Rigoer Str. 80 ging jedoch rasch unter und ertrank. Die beiden Mädchen waren kürzlich bei einer Kartenlegerin gewesen, die der Elise Schmidt sagte, daß ihr ein Unglück bevorstehe. Seit dieser Zeit war das Mädchen verängstigt. Es entfernte sich gestern früh mit der Freundin aus der Wohnung ihrer Mutter und lehrte nicht mehr zurück.

Schnelle Antwort!

Die mitunter Arbeitslose in ihrem Streben, Beschäftigung zu finden, geradezu verhöhnt werden, das beweist ein Schreiben der 28. Revier-Inspektion der Städtischen Gaswerke. Ein Arbeitsloser hatte sich Anfang Februar an diese Inspektion gewandt mit dem Ersuchen, dort eingestellt zu werden. Jetzt nach reichlich 3 1/2 Monaten bekommt er unter dem 29. d. die Antwort, daß sein Gesuch nicht berücksichtigt werden kann, da genügend vorgemerkt sind. Man sollte doch annehmen, daß in solchem Falle dem Manne gleich Nachricht gegeben werden konnte.

Unvorsichtigkeit mit der Schußwaffe. Ein Opfer dieser Unvorsichtigkeit ist der 23 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Krause aus der Stubbenlammerstraße geworden. Er hatte sich eine Schußwaffe gekauft und wollte dieselbe einschleichen. Durch unvorsichtiges Umgehen entlud sich die Waffe und traf den jungen Mann in die Wange. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Auf dem Dampfkanal schwer verunglückt. Ein aufregender Unfall hat sich auf dem Vergnügungsplatz am Schönholzer Weg ereignet. Auf dem Dampfkanal des Weigers Scholz geriet ein Kind in die Gefahr abzuwürgen. Scholz sprang rasch hinzu, um die Kleine zu retten. Hierbei kam er selbst zu Fall und stürzte unglücklich zwischen die Walzen. Dem Bedauernswerten wurde der Brustkasten fast vollständig eingedrückt.

Ein großer Dachstuhlbrand wurde gestern nachmittag in der Lehrtier Straße 48b. einem von über 50 Mietern bewohnten Hause. Der Dachstuhl brannte vollständig nieder. Durch das Feuer erlitten viele Mieter erheblichen Schaden, da die Bodenvorräte ebenfalls ein Raub der Flammen wurden.

Das Theater Follies Caprice bringt jetzt abendlich vier Einakter auf die Bühne. Die Titel der Schwänke: „Die Liebeshäuserin“, „Die Amordragoner“, „Das Bett Napoleons“ und „Ah, da kann ich“ sind etwas viel versprechend, sind aber im Grunde harmlos und laufen mehr oder minder auf Liebeständeleien hinaus. Zwar wird mancher Stammgast das abwesende höhere Jüdeland und mancherlei künstlerische Vermittler haben, aber das jähzeit in Follies Caprice gastierende Sommerpersonal wurde seiner Aufgabe ganz annehmbar gerecht.

Berliner Kislvereine für Obdachlose. Im Monat Mai nächstigen im Männerzähl 14 933 Personen, wovon 6342 habeten, im Frauenzähl 2905 Personen, wovon 629 habeten. Arbeitsnachweis wird erteilt für Männer und Frauen Wrofenstr. 55-59.

Augenzeugen, welche Angaben machen können über den am Freitag, den 29. Mai, abends nach 8 Uhr, erfolgten tödlichen Autounfall auf dem Rottenmarkt, direkt vor der dortigen Bedürfnisanstalt, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen an Fr. W. E. Jüttner, Freiwalder Str. 22, gelangen zu lassen.

Gesperrt. Die Alexanderstraße von der Kaiserstraße bis zur Landsberger Straße ist wegen Plasterarbeiten vom 3. d. M. bis auf weiteres für Reiter und Fuhrwerke gesperrt.

Kleine Nachrichten. Wegen einer Gasvergiftung wurden Samariter der Feuerwehr nach der Laborstr. 20 gerufen. Leider zu spät. Alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Ein Arzt stellte fest, daß der Tod schon eingetreten war. Die Polizei beschlagnahmte die Leiche.

Vorortnachrichten.

Schöneberg.

Der Kampf um die Bedürfnisanstalt.

Die Bedürfnisanstalt auf dem Bayerschen Platz wird doch oberirdisch angelegt. Die lebhafte Debatte in der letzten Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg scheint doch fruchtlos geblieben zu sein. Der Schöneberger Magistrat bleibt bei dem einmal gefassten Beschluß der städtischen Körperschaft die Anstalt oberirdisch zu bauen. In einem längeren Schriftstück an die Stadtverordnetenversammlung führt Oberbürgermeister Dominicus folgendes aus:

„Wir werden allen Befürwortern, die sich in der Petition ausdrücken und die auch in den letzten Beratungen der Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck gekommen sind, dadurch Rechnung tragen, daß wir den Entwurf der beiden oberirdischen, nach dem Gemeindefeststellungs zu errichtenden Gebäuden architektonisch noch einmal auf das eingehendste durcharbeiten lassen und für ein ansprechendes Äußeres und eine möglichst weitgehende Bepflanzung Sorge tragen. Wir sind überzeugt, daß nach der Erklärung der Anstalt die geehrte Verammlung und die Bürgerchaft dem Urteile, das wir nach den Entwürfen unseres Magistratsbaurats Wolf gewonnen haben, beitreten werden.“

Es ist leicht möglich, daß die Stadtverordnetenversammlung sich mit diesen Ausführungen des Magistrats nicht einverstanden erklären wird und es dürfte in der nächsten Sitzung am Montag wieder zu sehr erregten Debatten kommen.

Neukölln.

Kinderspiele. Sonntag, den 7. Juni: Vormittagspielpartie nach dem Plänterwald. Treffpunkt 8 Uhr Wildenbrunnplatz (Eisenweg).

Mittwoch, den 10. Juni: Nachmittagspielen in Treptow. Treffpunkt 2 Uhr Wildenbrunnplatz (Eisenweg).

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung wurden die bürgerlichen Vertreter Garde und Roster-Girsgarten in die Schuldeputation gewählt. Von unserer Seite wurde Genosse Barth vorgeschlagen, auf welchem sich nur die sozialdemokratischen Stimmen vereinigten. Ein Antrag zum Ortsstatut, die Angestelltenversicherung der Kommunalbeamten betreffend, fand einstimmige Annahme. Vom Gemeindevorstand lag ein Antrag vor, gegen die frühere Mitbürgerin Lydia Jähnisch die Klage wegen veranlagter Kurkosten in Höhe von 200,10 Mark zu erheben, die infolge Erkrankung ihres inzwischen verstorbenen Kindes der Gemeinde entstanden sind. Unsere Genossen Barth und Tarnow erließen den Antrag abzulehnen, da man der betreffenden nicht das in Aussicht stehende Erbe von 376 Mark nehmen sollte. Die Angelegenheit wurde nach längerer Debatte der Armenkommission überwiesen. Zum Schluß gab die Kommission betr. Regelung des tierärztlichen Dienstes den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in dieser Frage und wurde auf Vorschlag der Kommission dem bisherigen Tierarzt Dr. Kaufschke das Amt weiter übertragen.

In den Kommissionen sind unsere Genossen wie folgt vertreten: Armendeputation: Barth, Tarnow; Gadiwilerdeputation: Barth; Finanzdeputation: Barth, Grau; Gesundheitskommission: Riefe, Stephan; Kasienkuratorium: Tarnow; Steueraussschuß: Barth, Grau; Baudeputation: Stephan; Hundesteuerkommission: Grau, Riefe, Tarnow; Kommission für Ermittlung des Nagertrages an die Kanalisation angegeschlossen: Grundstücke: Barth; Kommission für den Arbeitsnachweis: Von den Arbeitnehmern die Genossen Otto Franke und Emil Rehfeldt; Elektrizitätskommission: Grau; Arbeitslosenfürsorgekommission: Tarnow; Müllgefesekommision: Tarnow; Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule: Grau; Straßenbahnkommission: Barth, Tarnow; Straßenreinigungskommission: Tarnow.

Nieder-Schönhausen, Nordend.

Kinderspiele. Sonntag, den 7. Juni, beginnen die Kinderspiele. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr bei Neuh. Kaiserweg, Ecke Platanenstraße. Das Anspielen findet in der Schönholzer Heide, nahe dem Seebad, statt. Bis zu den Ferien finden die Spiele jeden Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, statt. Treffpunkt ebenfalls bei Neuh.

Friedenau.

Die schon so oft gerügte Unsitte der Kinder, zwischen zwei Wagen eines Straßenbahnzuges hindurchzuklettern, hat wieder einmal ein Opfer gefordert. Der dreizehnjährige Schüler Bernhard Jellenberg wollte am Lautenplatz in Friedenau vorgestern abend zwischen dem Motorwagen und einem Anhänger hindurchklettern als der Zug sich in Bewegung setzte. Der Schüler wurde zu Boden geschleudert und zog sich einen Bruch des linken Oberarmes zu, so daß er nach dem Krankenhaus in Lichterfelde geschafft werden mußte.

Nüdersdorf.

Das Opfer eines verhängnisvollen Scherzes wurde der 33 Jahre alte Arbeiter Ferdinand Rehe aus Nüdersdorf. Rehe hatte mit mehreren Arbeitskollegen im Nüdersdorfer See gebadet. Er konnte noch nicht schwimmen und wollte es von seinen Freunden erlernen. Zu Scherz tauchten die anderen Rehe fortwährend mit dem Kopf unter, bis er sein Lebenszeichen mehr noch sich gab. Die Kameraden brachten ihn nun ans Land und versuchten den Leblosen wieder zum Bewußtsein zu bringen, doch waren alle Bemühungen fruchtlos; Rehe war durch das fortwährende Untertauchen im Wasser erstid. Für die Urheber des Scherzes dürfte die Sache noch ein böses Nachspiel haben.

Gerichtszeitung.

Urteil im Reineidsprozeß Brumm und Genossen.

Gestern nachmittag wurde das Urteil in dem seit dem 12. Mai verhandelten Prozeß verkündet.

Der Wahrspruch der Geschworenen erklärte: 1. den Angeklagten Theobald Brumm schuldig der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung und des Reineides unter Jubilation des Widerungsgrundes des § 157; 2. den Angeklagten Hans Weide schuldig des fahrlässigen Falscheides in einem Falle und des wissentlichen Reineides in einem Falle unter Jubilation der Widerung des § 157; den Angeklagten Rudolf Klemke nichtschuldig in allen Fällen der Anklage.

Das Gericht verurteilte Brumm zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, Weide zu 9 Monaten Gefängnis und sprach den Angeklagten Klemke frei.

Zur Begründung des Urteils führte Landgerichtsdirektor Dr. Baumgarten u. a. folgendes aus: Zugunsten des Brumm hat der Gerichtshof lediglich erinnet, daß er bisher noch nicht gerichtlich verurteilt ist. Auf der anderen Seite stehen eine ganze Reihe strafschwerer Momente, und zwar: 1. Brumm ist ein gebildeter, den besseren Gesellschaftskreisen angehöriger Mann, dem die Leistung eines Reineides besonders schwer anzurechnen ist. Er entstammt nicht nur einer guten Familie, er hat das Abiturientenexamen gemacht, eine militärische Erziehung genossen und als aktiver Offizier gedient, d. h. einem Kreise angehört, in dem das Ehrgefühl besonders betont und erweckt wird. Wenn ein solcher Mann einen Reineid leistet, so ist dies besonders verwerflich. 2. Brumm hat nicht nur leichtsinnig, sondern freivol falsch geschworen, obgleich er eingehend vernommen und auf viele Widersprüche und Unwahrscheinlichkeiten hingewiesen war. 3. Er hat die beiden Straftaten nicht aus wirtschaftlicher Not, sondern aus egoistischen Gründen begangen; er hat die beiden Reineide geleistet, um Klemke hineinzulegen und seine Geliebte herauszureißen. Was auch das letztere nicht ehelos sein, so hat er doch auch hier aus egoistischen Motiven gehandelt. Erschwerend erwochen mußte die Art seiner Verteidigung werden. Es soll ihm nicht zum Nachteil angerechnet werden, daß er rüchlosig gegen Klemke vorgegangen ist, denn dieser hat ihn auch nicht geschont; aber er hat alle Zeugen unglaubwürdig machen wollen und einem anständigen Mädchen die schmutzigsten Dinge nachzusagen, sich nicht scheut. Der Gerichtshof hat ihn nach seiner Persönlichkeit für einen Abenteuerer der verwerflichsten Art, der mit Hilfe seiner guten Erscheinung, der einseitigen Angehörigkeit zu einem preußischen Regiment, unter Verhöhnung seiner Ausstoßung aus dem Heer, Frauen aus wohlhabenden Kreisen auszunutzen sucht. Aus diesem Grunde ist auch auf Ehrverlust erkannt worden. Bezüglich des Angeklagten Weide ist erinnet worden, daß dieser nicht nur unbestraft, sondern ein wirklich unbescholtener Mann ist, und daß er sich zu den Straftaten hat hinreißen lassen, weil er sich Herrn Klemke gegenüber in einer gewissen moralischen Zwangslage fühlte.

Darauf erhob sich der Mann der Geschworenen, Fabrikbesitzer Willi Schwan, und gab dem Angeklagten Weide folgende Erklärung ab:

„Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß es den Geschworenen nicht leicht geworden ist, ein Schuldig gegen Sie auszusprechen, daß Sie aber ihrer Pflicht und ihrem Gewissen genügen müßten. Wir glauben, daß Sie Ihre Fehler nur in Ihrer Dummheit begangen haben; wir bedauern es, daß das Maß der Strafe so hoch ausfallen mußte. Wir haben einstimmig beschlossen, ein Gnadenersuchen für Sie einzureichen und hoffen auf die Unterstützung auch von anderer Seite.“

Nachdem Staatsanwalt Theodor Liehnecht, als Verteidiger von Weide, den Dank für das Entgegenkommen der Geschworenen ausgesprochen hatte, schloß der Vorsitzende die Sitzung auch seinerseits mit einem Dank an die Geschworenen für ihre große Mithaltung.

Beschlagnahmte Kabarettlieder.

In einem sogenannten objektiven Verfahren hatte sich gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts II unter dem

Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schütz mit einer Anzahl von Kabarettliedern zu beschäftigen, die seit langem und auch noch heute öffentlich vorgetragen werden.

Von dem Verlag Paul Zornig W. m. b. H. in Schöneberg sind seit Januar d. J. unter dem Titel „Freie Lieber“ eine Anzahl Lieberbücher herausgegeben worden, die neben alten Volksliedern und sogenannten patriotischen Liedern, wie die „Nacht am Rhein“ usw., auch die modernsten Operettenmelodien und Kabarettlieder enthalten. Eines Tages wurden von Kriminalbeamten die sämtlichen vorhandenen Hefte beschlagnahmt und das Amtsgericht Schöneberg leitete ein Verfahren an Einziehung ein, da angeblich 15 der in den drei Hefen enthaltenen Lieber unzüchtig sein sollten. Alle Versuche der Verleger, eine Freigabe zu erzielen, waren resultatlos. Erst der Hinweis des Rechtsanwalts Dr. Frey, daß Rudolf Kellon vom „Chat noir“ mehrere der angeblich unzüchtigen Lieber in einer Separatvorstellung im königlichen Schloß auf besonderen Wunsch des Kronprinzen zum Vortrag gebracht hatte, hatte die überraschende Wirkung, daß von den 15 beschlagnahmten „unzüchtigen“ Liedern sofort 10 freigegeben wurden. Unter diesen befand sich auch das bekannte „Ladenmädchen“.

Wegen der fünf übrigen Kabarettlieder „Das rote Kleid“, „Koulette“, „Schieber-Otto“, „Monte Carlo“ und „Meditation“ leitete die Staatsanwaltschaft das vorliegende objektive Verfahren ein. Staatsanwalt Gerwack beantragte die Einziehung dieser Lieber, da sie nicht nur derbisch-schleppig seien, sondern einen direkt widerwärtig deutlichen Hinweis auf geschlechtliche Dinge enthielten. Das Kabarettpublikum sei ja an derbe Kost gewöhnt, hier aber werde die Wirkung durch Vortrag und Begleitung etwas abgeschwächt. Etwas ganz anderes sei es aber, wenn jeder 14jährige Bengel sich für 10 Pf. derartige Lieber kaufen könne.

Das Gericht kam zu der Ansicht, daß die fünf infrimierten Lieber geeignet seien, das normale Scham- und Sittlichkeitsgefühl zu verletzen, da sie in deutlich erkennbarer Form auf geschlechtliche Dinge hinzeigten. Das Urteil lautete auf Einziehung der beschlagnahmten Lieber.

Der Fürsorgezögling als Assistenzarzt.

Als ein kleines Seitenstück zu den Hochstapeleien des falschen Bürgermeisters Thormann aus Köslin charakterisiert sich die Straftaten des 20 Jahre alten Fürsorgezöglings Friedrich Romp, der sich wegen verschiedener Betrügereien vor der Strafkammer in Köln zu verantworten hatte. Der junge Romp, der aus der Gegend von Saarbrücken stammt, besuchte einige Zeit lang das dortige Gymnasium. Ein Zerwürfnis mit seinem Oberlehrer veranlaßte ihn, ohne jegliche Vermittlung in die weite Welt hinaus zu wandern. Ziehend schlug er sich von einer Stadt zur anderen durch und kam so im September v. J. auch nach Köln. Er mietete bei einer Wittin drei Zimmer, gab sich der Frau gegenüber als Dr. v. Breiten-Landberg aus und schwindelte ihr vor, er sei Assistenzarzt gewesen und wolle sich nun als praktischer Arzt niederlassen. Der Herr „Doktor“ veranlaßte die Frau, mit in ein Geschäft zu gehen, in dem er die erforderlichen Einrichtungsgegenstände kaufen wollte. Bei dem Geschäftsmann bestellte der Betrüger nun eine ärztliche Einrichtung für 5000 M.; Instrumente im Werte von 500 M. nahm er sofort mit. Er sei angeblich für Operationen nötig. Ein Schildermeister mußte ihm ein Emaillebild mit der Aufschrift „Dr. v. Breiten-Landberg, prakt. Arzt“ und ein Buchdrucker 1000 Rezeptformulare und 100 Visitenkarten mit der gleichen Aufschrift liefern. All diese Sachen, zu denen sich noch ein Anzug und drei Operationsmäntel gesellten, ließ sich der Schwindler in seine Wohnung bringen, bezahlte aber natürlich keinen Heller. Als eine der Firmen bei den angegebenen „Referenzen“ Erkundigung einzog, verduftete der Herr Doktor. Bald tauchte er aber wieder in der Umgegend von Köln auf. Er erzählte einem Restaurateur, er komme von einer Operation und habe sein Retourbillet nach Köln verloren. So brachte er es fertig, daß ihm der Gastwirt 5 M. borgte. In Kachen mietete er ein Zimmer unter dem Vorwand, er sei von einer Studentenkorporation als Rezensurarzt angestellt. Endlich wurde er beim Verlaufe der erzwungenen Instrumente erwischt.

Der Angeklagte, der gekündigt war, erhielt mit Rücksicht auf seine Jugend nur eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten.

Aus aller Welt.

Der falsche Direktor.

Der falsche Kösliner Bürgermeister hat sehr bald einen Nachfolger gefunden. In Schwerin wurde der Direktor des städtischen Elektrizitätswerkes Schröder verhaftet, der sich aus eigenem zum Diplomingenieur gemacht hat, ohne jemals irgendein Examen bestanden zu haben. Wie sich nach der Verhaftung herausstellte, war der Herr Direktor nicht einmal im Besitze eines Einjährigzeugnisses. Trotzdem konnte er das umfangreiche Werk drei Jahre lang verwalten und in der Gesellschaft eine große Rolle spielen. Es stellte sich nun heraus, daß er eine große Anzahl der Geschäftsleute um beträchtliche Beträge geschädigt hat. Bei einer Kauf nahm er noch vor kurzem ein Darlehen von mehreren tausend Mark auf. Er hatte sich auch als Vorkurschaster ausgegeben. Diese Angaben erwießen sich als Schwindel. Trotzdem ließ man ihn gewähren. Erst als im Elektrizitätswerk die Unregelmäßigkeiten immer größer wurden und sein Mangel an notwendiger Vorbildung immer klarer zutage trat, sah sich die vorgelegte Behörde veranlaßt, eine Nachprüfung vorzunehmen. Man stellte sich heraus, daß er nicht einmal über die elementarsten Kenntnisse verfügte. Man weiß bis jetzt noch nicht, ob Schröder sein richtiges Name ist. Er wurde in dem Landgerichtsgefängnis interniert.

Die Unruhen auf Sizilien.

Zu den bereits gemeldeten Arbeiterunruhen im sizilianischen Schwefelgebiet schreibt unser römischer Korrespondent: In zwei Mittelpunkten der sizilianischen Schwefelindustrie sind schwere Unruhen ausgebrochen, die um so ernster zu nehmen sind, als ihre Ursache in einem unheilbaren Interessenskonflikt zwischen diesen beiden Zentren liegt. In Catania streikten die Schwefelarbeiter, weil sie unter der Führung des reformistischen Abgeordneten De Felice eine Herabsetzung der Produktionskosten für den Schwefeltransport durchsetzen wollten, um auf diese Art das Hinterland zu erweitern, dessen Schwefelproduktion dem Hafen von Catania zufließt. In dieser Agitation geben die Unternehmer der Schwefelaffinerien und die Transportunternehmer mit den Arbeitern gemeinsam vor. Durch diese Bewegung in Catania sieht sich die Hafenstadt Porto Empedocle, die im Süden Siziliens, unweit von Sirgenti liegt, in ihren Interessen gefährdet. Mehrere Ortshäfen, in denen große Schwefelgruben liegen, wie Sirgenti, Favara, Rara, Recalmuti, Terrasigaleo und auch Galtaniferita selbst bilden das natürliche Hinterland für Porto Empedocle für die Raffinerierung und den Versand des Schwefels nach dem Orient. Durch die Forderung Catania, die Frachtpreise herabzusetzen, sieht sich Porto Empedocle bedroht, und da Catania seine Forderung mit dem Generalkreisil unterstützt, hat man in Porto Empedocle das gleiche getan, um eine Ablenkung des Transportverkehrs mit Schwefel von dem Hafen der Stadt zu verhindern. Catania ist als einflußreiche Stadt, für deren Interessen zwei Abgeordnete eintreten, seiner Sache sicher, so daß die Bewegung dort ruhig verläuft. In Porto Empedocle dagegen hat sich der Bevölkerung wilde Vergewaltigung bemächtigt. Der

Unser

Preis-Ausschreiben von 10000 Mark.

Aus nachfolgenden Gründen sehen wir uns genötigt, nochmals bezüglich unseres Preisausschreibens von M. 10 000 das Wort zu ergreifen, da uns von verschiedenen Seiten der Einwand gemacht worden ist, daß die Bedingungen desselben nicht ganz klar verständlich seien.

Wir wollen hiermit darauf hinweisen, daß schon ein einfacher kurzer Satz oder ein Knüttelvers, worin in kürzester und schlagendster Form auf die enormen Vorteile der Providol Seife als billiges und wirklich reelles Schönheitsmittel und auf ihre wissenschaftlich anerkannten schützenden Eigenschaften hingewiesen wird, genügt, wie z. B. „Providol, die Schönheitsseife“, oder „Providol nützt, denn Providol schützt“.

Gleichzeitig stützen wir, um möglichst viele für ihre Mühe zu entschädigen, 400 weitere Preise à M. 5.—, zusammen M. 2000, so daß sich das Preisausschreiben auf insgesamt 12 000 M. erhöht.

Die ausgesetzten Preise betragen nunmehr:

1. Preis M. 3000, 2. Preis M. 2000, 3. Preis M. 1000, vier Preise von M. 500, gleich M. 2000, zehn Preise von M. 100, gleich M. 1000, zwanzig Preise von M. 50, gleich M. 1000 und 400 Preise à M. 5.—, gleich M. 2000,

zusammen 437 Preise im Gesamtbetrag von M. 12 000

in barem Gelde.

Hier sei nur noch kurz bemerkt, daß jedermann Gelegenheit hat, ohne unnötige Kosten sich an diesem Preisausschreiben zu beteiligen; denn jeder, der uns zur Legitimation den leeren Karton eines neuen großen 50 Pfg.-Stückes einschickt, ist berechtigt, an dem Preisausschreiben teilzunehmen.

Die Lösungen sind bis spätestens zum 15. Juni 1914 einzusenden und müssen mit der Aufschrift: „Betrifft Preisausschreiben“ an die Providol Gesellschaft m. b. H., Berlin NW. 207 gerichtet sein. Die Prämierung findet am 15. Juli statt. Das Resultat und die Namen der Preisträger werden nach erfolgter Prämierung in den Zeitungen veröffentlicht. Die angesetzten Bar-Preise sind bei der Direktion der Diskonto-Providol Gesellschaft deponiert.

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine

Monats-Garderobe direkt an Private.

Anzüge und Paletots von 10 M. an.

Friedrichstr. 108 vis-à-vis der Karlstr.

Verkauf nur im Fabrikgebäude!

Sie sparen Geld!

Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik** kaufen, Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

H. Walter Int.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35

35 Permanent Musterzimmer-Ausstellung. 35

Hier im Norden von Berlin nur Brunnenstr. 120 bei

Otto Piehl

kaufen Sie am vorteilhaftesten

Möbel

Teilzahlung kulant! Billige Kassapreise!

Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet!

Beste Referenzen!

Schnupfer!

achtet auf die gesetzlich geschützte Packung, um Goldfarb echt zu erhalten!

Gesundheitstobak.

J. Goldfarb.

Preuss. Stargard.

D.R.W.Z. 10652

Health snuff tobacco. Tabac à priser de santé. Tobaka do zazywania dla zdrowia. Tabacco da naso alia salute.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettdruckte Wort 20 Pfg. (außerlich fettdruckte Worte). Stellengesuche und Stellenstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettdruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Zeppich-Thomas, Oranienstr. 44
farblichste Zeppich (rottblau);
Gardinen, Steppdecken, Tischdecken
haben Preis, Vorratstücken 5 Prozent
Ertragsabzug. 78/88*

Bettenrand 9.—, Brunnen-
str. 70, im Keller. 12008*

Zeppiche! (Leibschütz) in allen
Größen, fast für die Hälfte des
Bettes. Zeppichlager Braun, Nieder-
schuler Markt 4, Bahnhofsstr. 4 (letzter
des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent
Rabatt!) Sonntags geöffnet!

Stückverkauf 7. Handbinderband,
alle Artigen Bettdecken, Wasser-
verlauf, Zeppichverkauf, Gardinen,
Handtücher, Steppdecken, Tischdecken,
Tische, Goldschmuck, Silberwaren.

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge!
Tischdecken! außerordentlich billig!
Vormärkte! 5 Prozent Rabatt
erhalten! Gardinenhaus Braun, Nieder-
schuler Markt 4 (Bahnhofsstr. 4),
Sonntags geöffnet.

Stappwagen, Kinderwagen, Teil-
zahlung 0,50 wöchentlich, (rottblau,
Weiß, Andreaskreuz 4 (Schleifer
Kaufhof), Jüliche: Verkaufsstelle 10,
Ed. Gmelinstraße 10. 242/46

Vorjährige elegante Herrenanzüge
und Paletots aus feinsten Stoffen
25—60 Mark, Herren 6—15 Mark.
Berandhaus Germania, Unter den
Linden 21.

In freien Stunden, Buchen-
druck für das arbeitende Volk. Romane
und Erzählungen, Abonnements
wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Aus-
gabestellen des „Vorwärts“ entgegen.
Vertriebsstelle gratis.

Zeppiche, Karbenschleier, Vorhänge,
Gardinen, Läden, Steppdecken,
Steppdecken, Goldschmuck, Silber-
waren, hochpreisige Gelegenheits-
waren. Brunnenstr. 100, Corina Fischer,
Vormärktelein Extrarabatt.

Monatsanzüge und Sommer-
anzüge von 5 Mark sowie Herren
von 1,50, Gebodanzüge von 12,00,
Frauen von 2,50, sowie für formen-
reiche. Neue Herrenanzüge zu nament-
billigen Preisen, aus Wandern ver-
färbte Sachen kann man am billigsten
bei Frau, Kriegerstr. 14.

Steppdecken! hochpreisige Ein-
teilige 3,50, 4,50, 5,75; doppelt-
teilige 7,50, 8,75, Läden 1,95,
2,50; weiche 4,75, Woll-Stepp-
decken, Steppdecken 8 (Kriegerstr.),
Wandern 10 Preis, Rabatt. 8

Schleierverkauf! Handbinder-
band Hermannplatz 6. Annehm-
lungen verschiedener Warenbestände
werden (rottblau), weiches Halb-
wollstoff verkauft. Kleinauswahl
Nadelanzüge, Wehodonanzüge, Herren-
paletots, Herrenhosen, Damen-
verlauf, Zeppichverkauf, Wasser-
verlauf, Gardinenverkauf, Bettdecken,
Gardinenverkauf, Bettdecken, We-
mischung, Bettdecken, Kleider-
schleier, Steppdecken, Tischdecken,
Handtücher, Goldschmuck, Silber-
waren, Goldschmuck, Silberwaren,
nur Hermannplatz 6.

Nähmaschinen, gebrauchte, in
allen Größen billig, (fast von
10 Mark an. Bekmann, Gollnow-
str. 26. 2088*

Reithaus Moravian 58a!
Laden Sie (rottblau) von Kavaliere
dem getragene sowie im Verlag
gewaschene, Rodanzüge, Kleider,
Paletots, Serie I: 10—18, Serie II:
20—30 Mark, größtenteils aus Seide.
Gelegenheitskäufe in neuer Her-
garden, enorm billig. Kleiderhändler
Kleider, Kostüme, auf Seide,
früher bis 150, jetzt 20—30 Mark
Extra-Angebot in Lombard gewaschener
Zeppiche, Gardinen, Vorhänge,
Bettdecken, Kleider, Kleider,
Goldwaren enorm billig nur Vor-
platz 58a I. 1949*

Monatsgarderobe lohnt nur bei
Frau Weich, 88, Große Frankfurter-
str. 88, allebekannte Firma, zu
kaufen. Man wird reich und billig be-
dient. Wenn getragen, teilweise auf
Seide, von Kavaliere nur kurze
Zeit geringere Nadelanzüge, Rod-
anzüge, Schwanzzüge, Rodanzüge,
Smokinganzüge, Paletots, Kleider,
Hosen, einzelne Straps und Smoking-
werden zu billigen Preisen verkauft.
Die elegantesten Sachen sind auch
teilweise sehr billig zu haben. Bitte
im eigenen Interesse auf die Firma
zu achten. 2 große Fenster. 77/88*

Stappportwagen, neue, Aus-
verkauf, rottblau, Gollnowstr. 34,
Nahgasse 11. 427*

Zigarrengeschäft billig. Erfragen
Eisenl., Schödenstraße 13. 22068

Größeres Herrenpaletot, circa 40
Heller, verkauft, eventuell Teilzahlung
Gollnowstr. 11. 76/20

Zeppichgeschäft, gutes, verlegungs-
halber veräußert. Brüderstr. 30,
Zigarrengeschäft. 77/10

Möbel.
Abzug! Möbel auf Kredit. An-
zahlung 1 Mark an, Abzahlung
1 Mark an. Kleinauswahl, billige
Preise! Größte Richtigkeit bei Kran-
heit und Arbeitslosigkeit. Anstalts-
Kleiderhaus Berlin. Interim mit-
bringen, Best 5 Mark, Sonntag
8—10 geöffnet. Möbelhaus Konjum,
Kollwitzstraße 14. 21168*

Möbelteilzahlung, 10 Mark An-
zahlung, keine Kosten. Bringen
Sie beim Einkauf dieses Interim
mit. 15 Prozent der An-
zahlung (rottblau). Gute bürgerliche
Wohnungsmöbel. Ehrlich, Alte Schön-
heuerstraße 32. 23178

Kleine Wirtschaft billig. Kolen-
händlerstr. 57 bei Glas. (Gewerblich.)
Händler verkaufen. 78/11*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner
Anzahlung geben Wirhalten und
einige Stücke am Kredit unter
ausguter Provisionierung, auch Waren
aller Art. Der ganze Laden läuft bei
und. Kaufmann u. Co., Kollow-
str. 4. (Schleifer Kaufhof). 22958

Möbelverkauf! Hochpreisige Preise
wegen Saubermantel! (rottblau) 18,00,
12,00, 15,00, Chaiselongues 19,00,
22,00, Kathedersessel 31,00, 40,00,
Rückenstuhl billig, Wohnzimmer
220,00, 200,00, Schlafzimmer 250,00,
280,00, englische Bettstellen 240,00, 330,00.
Dies deutzutage 107/108. 26588*

Möbel (rottblau), Webers Möbel-
verleger, Neue Schönstraße 36.

Geldheirat nicht mehr nötig. Ich
betreue zu Kaufpreisen bei geringster
Anzahlung und höchsten Raten nach
Vorschlag der Käufer komplette Woh-
nungseinrichtungen sowie Einzelmöbel
unter langjähriger Garantie. Einbe-
und Höhe 180.— an, zwei Stuben
und Küche 280.— an, Gebrauchte
und zurückgeleitete Möbel, fast neu,
bedeutend billig. Bei Krankheit,
Arbeitslosigkeit, Ausperrung, Streik
selbstherrliche Richtigkeit. Versicherung
und Aufstellung frei Wohnung, Nicht-
gehaltendes Unmisch gehalten. Julius
Schäfer, Tischlermeister, Kollow-
str. 54. Kein Barzahlung! 78/11*

Privatverkauft verläßt völlig neue
Ruhbauwirtschaft zum Spottpreis.
(Gewerblich) Händler unermüdet
Neue Schönheuerstraße 11, II.

Möbelhandlung Barriamen-
straße 25, billige Preise. Teilzahlung
erstattet. „Vorwärts“ Leser 3 Prozent
Rabatt. 8908*

Möbelverkauf auf Teilzahlung.
Anfrage lohnt. Ich betreue (rottblau),
gut gearbeitete Einrichtung bei
kleinster Anzahlung und bequemsten
Ratenzahlungen. Kellere, unmoderne
Möbel werden in Zahlung genommen
und bar bezahlt. Postlagerstraße 3,
Postamt 22. 21888*

Vorteilgenosse, der ins Ausland
will, verkauft Stuben- und Küchen-
einrichtung billig. Kauf, Köpen-
berg, Gollnowstr. 27, I. Lauer-
gebäude IV. Händler verkaufen. 499

Bettstelle, Schlafstelle, Tisch,
Lehne, Kleiderstühle, Garnat,
Preisliste 20. 4126

Kaufgeschäfte, Schreibstühle,
Arbeitsstühle, Umbauarbeiten, moderne
Bettstellen, Kücheneinrichtung, moder-
nen, billig. Kein Laden. Walter,
Stargardstraße 18. 26418*

Goldschmuck fast höchstehend
Jahresgehälter, alle Metalle. Bitte
Käufer, nur Adenstraße 157.

Zingermaschine läuft, Kleider,
Zugmaschine 103. 4131

Geschäftsaufkauf, Total, mün-
dend 40 Halbe, Edle, mit Jubiläen,
besorgt. Anschließende Wohnung.
Preis, Kleider, Montag, Postamt 20,
Gollnowstr. 43. 4135

Rupfer 1,00—1,15, Messing 60—80,
Zinn, Blei und alle Metallarten läuft
zu laufendem Tagespreis. Reiter,
Gollnowstr. 56. Köpenick 10976.

Mietsgesuche.

Zolder Herr wünscht laubere
Zimmerchen bei allenstehender Preis-
Preisverteilung unter Heim 15 Post-
amt 26. 220

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger Mann, 27, verheiratet
sucht Beschäftigung gleich welcher Art.
Erfahrung erlangt beim, Postamt 11

Kleidermacher, nach erlangter
Kenntnis empfiehlt sich als Kleider-
macher. Gollnowstr., Köpenick, Köpen-
str. 10.

Robrtable Kleider gelehrt
solche, Kleider machen abgelehrt. Köpen-
Kollowstr., Gollnowstr. 28. 41

Verkäufe.

Zeppich-Thomas, Oranienstr. 44
farblichste Zeppich (rottblau);
Gardinen, Steppdecken, Tischdecken
haben Preis, Vorratstücken 5 Prozent
Ertragsabzug. 78/88*

Bettenrand 9.—, Brunnen-
str. 70, im Keller. 12008*

Zeppiche! (Leibschütz) in allen
Größen, fast für die Hälfte des
Bettes. Zeppichlager Braun, Nieder-
schuler Markt 4, Bahnhofsstr. 4 (letzter
des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent
Rabatt!) Sonntags geöffnet!

Stückverkauf 7. Handbinderband,
alle Artigen Bettdecken, Wasser-
verlauf, Zeppichverkauf, Gardinen,
Handtücher, Steppdecken, Tischdecken,
Tische, Goldschmuck, Silberwaren.

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge!
Tischdecken! außerordentlich billig!
Vormärkte! 5 Prozent Rabatt
erhalten! Gardinenhaus Braun, Nieder-
schuler Markt 4 (Bahnhofsstr. 4),
Sonntags geöffnet.

Stappwagen, Kinderwagen, Teil-
zahlung 0,50 wöchentlich, (rottblau,
Weiß, Andreaskreuz 4 (Schleifer
Kaufhof), Jüliche: Verkaufsstelle 10,
Ed. Gmelinstraße 10. 242/46

Vorjährige elegante Herrenanzüge
und Paletots aus feinsten Stoffen
25—60 Mark, Herren 6—15 Mark.
Berandhaus Germania, Unter den
Linden 21.

In freien Stunden, Buchen-
druck für das arbeitende Volk. Romane
und Erzählungen, Abonnements
wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Aus-
gabestellen des „Vorwärts“ entgegen.
Vertriebsstelle gratis.

Zeppiche, Karbenschleier, Vorhänge,
Gardinen, Läden, Steppdecken,
Steppdecken, Goldschmuck, Silber-
waren, hochpreisige Gelegenheits-
waren. Brunnenstr. 100, Corina Fischer,
Vormärktelein Extrarabatt.

Monatsanzüge und Sommer-
anzüge von 5 Mark sowie Herren
von 1,50, Gebodanzüge von 12,00,
Frauen von 2,50, sowie für formen-
reiche. Neue Herrenanzüge zu nament-
billigen Preisen, aus Wandern ver-
färbte Sachen kann man am billigsten
bei Frau, Kriegerstr. 14.

Steppdecken! hochpreisige Ein-
teilige 3,50, 4,50, 5,75; doppelt-
teilige 7,50, 8,75, Läden 1,95,
2,50; weiche 4,75, Woll-Stepp-
decken, Steppdecken 8 (Kriegerstr.),
Wandern 10 Preis, Rabatt. 8

Schleierverkauf! Handbinder-
band Hermannplatz 6. Annehm-
lungen verschiedener Warenbestände
werden (rottblau), weiches Halb-
wollstoff verkauft. Kleinauswahl
Nadelanzüge, Wehodonanzüge, Herren-
paletots, Herrenhosen, Damen-
verlauf, Zeppichverkauf, Wasser-
verlauf, Gardinenverkauf, Bettdecken,
Gardinenverkauf, Bettdecken, We-
mischung, Bettdecken, Kleider-
schleier, Steppdecken, Tischdecken,
Handtücher, Goldschmuck, Silber-
waren, Goldschmuck, Silberwaren,
nur Hermannplatz 6.

Nähmaschinen, gebrauchte, in
allen Größen billig, (fast von
10 Mark an. Bekmann, Gollnow-
str. 26. 2088*

Reithaus Moravian 58a!
Laden Sie (rottblau) von Kavaliere
dem getragene sowie im Verlag
gewaschene, Rodanzüge, Kleider,
Paletots, Serie I: 10—18, Serie II:
20—30 Mark, größtenteils aus Seide.
Gelegenheitskäufe in neuer Her-
garden, enorm billig. Kleiderhändler
Kleider, Kostüme, auf Seide,
früher bis 150, jetzt 20—30 Mark
Extra-Angebot in Lombard gewaschener
Zeppiche, Gardinen, Vorhänge,
Bettdecken, Kleider, Kleider,
Goldwaren enorm billig nur Vor-
platz 58a I. 1949*

Monatsgarderobe lohnt nur bei
Frau Weich, 88, Große Frankfurter-
str. 88, allebekannte Firma, zu
kaufen. Man wird reich und billig be-
dient. Wenn getragen, teilweise auf
Seide, von Kavaliere nur kurze
Zeit geringere Nadelanzüge, Rod-
anzüge, Schwanzzüge, Rodanzüge,
Smokinganzüge, Paletots, Kleider,
Hosen, einzelne Straps und Smoking-
werden zu billigen Preisen verkauft.
Die elegantesten Sachen sind auch
teilweise sehr billig zu haben. Bitte
im eigenen Interesse auf die Firma
zu achten. 2 große Fenster. 77/88*

Stappportwagen, neue, Aus-
verkauf, rottblau, Gollnowstr. 34,
Nahgasse 11. 427*

Zigarrengeschäft billig. Erfragen
Eisenl., Schödenstraße 13. 22068

Größeres Herrenpaletot, circa 40
Heller, verkauft, eventuell Teilzahlung
Gollnowstr. 11. 76/20

Zeppichgeschäft, gutes, verlegungs-
halber veräußert. Brüderstr. 30,
Zigarrengeschäft. 77/10

Möbel.
Abzug! Möbel auf Kredit. An-
zahlung 1 Mark an, Abzahlung
1 Mark an. Kleinauswahl, billige
Preise! Größte Richtigkeit bei Kran-
heit und Arbeitslosigkeit. Anstalts-
Kleiderhaus Berlin. Interim mit-
bringen, Best 5 Mark, Sonntag
8—10 geöffnet. Möbelhaus Konjum,
Kollwitzstraße 14. 21168*

Möbelteilzahlung, 10 Mark An-
zahlung, keine Kosten. Bringen
Sie beim Einkauf dieses Interim
mit. 15 Prozent der An-
zahlung (rottblau). Gute bürgerliche
Wohnungsmöbel. Ehrlich, Alte Schön-
heuerstraße 32. 23178

Kleine Wirtschaft billig. Kolen-
händlerstr. 57 bei Glas. (Gewerblich.)
Händler verkaufen. 78/11*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner
Anzahlung geben Wirhalten und
einige Stücke am Kredit unter
ausguter Provisionierung, auch Waren
aller Art. Der ganze Laden läuft bei
und. Kaufmann u. Co., Kollow-
str. 4. (Schleifer Kaufhof). 22958

Möbelverkauf! Hochpreisige Preise
wegen Saubermantel! (rottblau) 18,00,
12,00, 15,00, Chaiselongues 19,00,
22,00, Kathedersessel 31,00, 40,00,
Rückenstuhl billig, Wohnzimmer
220,00, 200,00, Schlafzimmer 250,00,
280,00, englische Bettstellen 240,00, 330,00.
Dies deutzutage 107/108. 26588*

Möbel (rottblau), Webers Möbel-
verleger, Neue Schönstraße 36.

Geldheirat nicht mehr nötig. Ich
betreue zu Kaufpreisen bei geringster
Anzahlung und höchsten Raten nach
Vorschlag der Käufer komplette Woh-
nungseinrichtungen sowie Einzelmöbel
unter langjähriger Garantie. Einbe-
und Höhe 180.— an, zwei Stuben
und Küche 280.— an, Gebrauchte
und zurückgeleitete Möbel, fast neu,
bedeutend billig. Bei Krankheit,
Arbeitslosigkeit, Ausperrung, Streik
selbstherrliche Richtigkeit. Versicherung
und Aufstellung frei Wohnung, Nicht-
gehaltendes Unmisch gehalten. Julius
Schäfer, Tischlermeister, Kollow-
str. 54. Kein Barzahlung! 78/11*

Privatverkauft verläßt völlig neue
Ruhbauwirtschaft zum Spottpreis.
(Gewerblich) Händler unermüdet
Neue Schönheuerstraße 11, II.

Möbelhandlung Barriamen-
straße 25, billige Preise. Teilzahlung
erstattet. „Vorwärts“ Leser 3 Prozent
Rabatt. 8908*

Möbelverkauf auf Teilzahlung.
Anfrage lohnt. Ich betreue (rottblau),
gut gearbeitete Einrichtung bei
kleinster Anzahlung und bequemsten
Ratenzahlungen. Kellere, unmoderne
Möbel werden in Zahlung genommen
und bar bezahlt. Postlagerstraße 3,
Postamt 22. 21888*

Vorteilgenosse, der ins Ausland
will, verkauft Stuben- und Küchen-
einrichtung billig. Kauf, Köpen-
berg, Gollnowstr. 27, I. Lauer-
gebäude IV. Händler verkaufen. 499

Bettstelle, Schlafstelle, Tisch,
Lehne, Kleiderstühle, Garnat,
Preisliste 20. 4126

Kaufgeschäfte, Schreibstühle,
Arbeitsstühle, Umbauarbeiten, moderne
Bettstellen, Kücheneinrichtung, moder-
nen, billig. Kein Laden. Walter,
Stargardstraße 18. 26418*

Goldschmuck fast höchstehend
Jahresgehälter, alle Metalle. Bitte
Käufer, nur Adenstraße 157.

Zingermaschine läuft, Kleider,
Zugmaschine 103. 4131

Geschäftsaufkauf, Total, mün-
dend 40 Halbe, Edle, mit Jubiläen,
besorgt. Anschließende Wohnung.
Preis, Kleider, Montag, Postamt 20,
Gollnowstr. 43. 4135

Rupfer 1,00—1,15, Messing 60—80,
Zinn, Blei und alle Metallarten läuft
zu laufendem Tagespreis. Reiter,
Gollnowstr. 56. Köpenick 10976.

Mietsgesuche.

Zolder Herr wünscht laubere
Zimmerchen bei allenstehender Preis-
Preisverteilung unter Heim 15 Post-
amt 26. 220

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger Mann, 27, verheiratet
sucht Beschäftigung gleich welcher Art.
Erfahrung erlangt beim, Postamt 11

Kleidermacher, nach erlangter
Kenntnis empfiehlt sich als Kleider-
macher. Gollnowstr., Köpenick, Köpen-
str. 10.

Robrtable Kleider gelehrt
solche, Kleider machen abgelehrt. Köpen-
Kollowstr., Gollnowstr. 28. 41